



Enquetekommission II

12. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

3. Juni 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:01 Uhr bis 11:59 Uhr

Vorsitz: Dr. Hartmut Beucker (AfD)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkt:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	3
1 Krisen- und Notfallmanagement im Kontext von Klimawandel (Gesundheitssystem)	4
Stellungnahme 18/1480	
– Anhörung von Sachverständigen (s. <i>Anlage</i>)	

* * *

¹ nichtöffentlicher Teil mit TOP 2 siehe nÖEKPr 18/18

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschuss kommt vor dem Hintergrund, dass am Nachmittag eine Sondersitzung des Landtags stattfindet und dadurch die Zeit für die Anhörung am Nachmittag eingeschränkt ist, überein, den für den Nachmittag vorgesehenen Tagesordnungspunkt 2 „Verschiedenes“ bereits in dieser Sitzung in einem nichtöffentlichen Teil zu behandeln.

1 Krisen- und Notfallmanagement im Kontext von Klimawandel (Gesundheitssystem)

– Anhörung von Sachverständigen (s. Anlage)

Vorsitzender Dr. Hartmut Beucker: Meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren Sachverständige! Ich begrüße Sie ganz herzlich zur 12. Sitzung der Enquetekommission II „Krisen- und Notfallmanagement“.

Die Einladung zur heutigen Sitzung ist Ihnen mit der Nummer 18/796 zugegangen.

In dieser Sitzung findet eine öffentliche Anhörung statt. Die Anhörung wird im Livestream übertragen und anschließend auf der Homepage des Landtags abrufbar sein.

Sehr geehrte Sachverständige, im Namen der Enquetekommission möchte ich Ihnen meinen ausdrücklichen Dank für Ihre heutige Teilnahme und für die bereitgestellten Stellungnahmen aussprechen.

Aus zeitlichen Gründen ist nicht vorgesehen, dass die anwesenden Sachverständigen ihre schriftlichen Stellungnahmen mündlich zusammenfassen. Vielmehr gehe ich davon aus, dass die Abgeordneten die schriftlichen Stellungnahmen gelesen und ausgewertet haben und nunmehr Fragen an die Sachverständigen stellen werden, um einzelne Sachverhalte zu vertiefen bzw. zu hinterfragen.

(Es folgen organisatorische Hinweise.)

Wir beginnen nun mit der Anhörung. – Herr Berger von der CDU, bitte schön.

Christian Berger (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Zu Beginn möchte ich erst einmal allen Sachverständigen hier im Raum, aber auch digital zugeschaltet für die Bereitschaft, an dieser Anhörung teilzunehmen, und für die schriftlichen Stellungnahmen danken, die wir im Vorfeld dieser Anhörung natürlich sehr akkurat ausgearbeitet haben. Vielen Dank dafür. Natürlich ergibt sich daraus noch die eine oder andere Nachfrage, die wir jetzt abarbeiten.

Meine erste Frage geht an Frau Professorin Christiane Woopen. Welche ethischen Grundsätze und Überlegungen sollten bei der Entwicklung und Implementierung von Maßnahmen im Gesundheitswesen zur Bewältigung der gesundheitlichen Folgen des Klimawandels berücksichtigt werden, und wie können diese Prinzipien in der Praxis angewendet werden?

Christina Weng (SPD): Auch im Namen der SPD-Fraktion ganz herzlichen Dank für die Übermittlung der Stellungnahmen und dafür, dass Sie sich zu uns auf den Weg gemacht haben.

Ich möchte auch eine Frage an Frau Professorin Woopen formulieren, nämlich welche Erfahrungen oder Lektionen aus den vergangenen Krisen und Naturgefahren gezogen werden können, um die Widerstandsfähigkeit des Gesundheitssystems gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels und deren kaskadierenden Folgen zu verbessern.

Jule Wenzel (GRÜNE): Einen schönen guten Morgen! Auch von der Grünenfraktion ein herzlicher Dank für Ihre Bereitschaft, sich heute mit uns und dem spannenden Thema zu beschäftigen.

Meine erste Frage geht an Frau Baltruks. Wo stehen wir Ihrer Meinung nach aktuell in der Klimaresilienz im Gesundheitssystem, welchen konkreten Handlungsbedarf sehen Sie, und welche Akteure sehen Sie darüber hinaus in der Pflicht? Was brauchen Sie konkret von uns in der Politik?

Angela Freimuth (FDP): Auch seitens der FDP-Fraktion herzlichen Dank an die Sachverständigen für die Stellungnahmen.

Ich habe eine erste Frage an Frau Dr. Wilcken. Sie empfehlen in Ihrer Stellungnahme, dass unterschiedliche Informationsstände und Kommunikationsstränge bei mehreren beteiligten Ressorts vermieden werden müssen. Das teile ich ausdrücklich. Die Frage, die sich dazu stellt, lautet: Wie kann denn das innerhalb eines Krisenstabs aus Ihrer Sicht in der Zusammenarbeit mit anderen staatlichen Ebenen sichergestellt werden?

Dr. Hartmut Beucker (AfD): Meine Frage richte ich zunächst an Frau Professorin Dr. Traidl-Hoffmann. Auf Seite 2 Ihrer Stellungnahme schreiben Sie:

Diese Ängste und Sorgen, wie die Klimaangst gefährden zunehmend die psychische Gesundheit, was sich etwa in Depressionen äußern könnte.

Wie, meinen Sie, kann die Risiko- und Krisenkommunikation gestaltet werden, um die psychische Resilienz insbesondere junger Menschen zu stärken?

Vorsitzender Dr. Hartmut Beucker: Wir beginnen nun mit der Antwortrunde. – Frau Professorin Dr. Woopen.

Prof.'in Dr. Christiane Woopen (Universität Bonn): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich danke Ihnen herzlich für die Einladung und möchte gerne um Entschuldigung bitten für die sehr späte Einreichung der Stellungnahme. Das lag sogar mit an dem Thema, denn wir hatten am Center for Life Ethics einen einwöchigen Workshop mit Vertretern indigener Universitäten in Südamerika, auch aus Afrika, und wir haben uns um umweltethische Fragen gekümmert. Dort ist mir noch einmal etwas aufgefallen, was direkt auf die erste Frage von Herrn Berger einzahlt, nämlich die wichtige grundsätzliche Sichtweise auf das Thema und das Problem, das wir vor uns haben, also nicht direkt in die Operationalisierung zu gehen, sondern erst einmal die Dimension des Problems auszuleuchten. Deswegen finde ich es aus ethischer Perspektive wichtig, zwischen Krise und Notfall zu unterscheiden, denn die Krise ist etwas Langfristiges. Das heißt, da müssen wir bereit sein, sehr in die Zukunft zu denken, und zwar angesichts dessen, dass – jetzt unabhängig von der akuten Situation in Bayern und vielen anderen ähnlichen Situationen – Menschen solche langfristigen Veränderungen oft verdrängen und nicht so sehr sehen, welche strukturellen Vorbereitungen notwendig sind, um dann letztlich langfristige Auswirkungen zu bewältigen.

Zu diesen Einstellungen gehören eben auch grundsätzliche Sichtweisen, beispielsweise auf die Natur, auf die Umwelt, auf andere Menschen, auf so etwas wie den Wert allen Lebens. Wir sind es sehr gewohnt, Unterscheidungen zu machen zwischen dem Mensch und dem Nichtmensch, also der nichtmenschlichen Natur, Tiere, Pflanzen etc. Wir sind sehr gewohnt, zwischen den natürlichen und den künstlichen oder der Natur und der Kultur zu unterscheiden, und haben den Blick zuweilen etwas vernachlässigt, dass diese Dinge alle sehr zusammen gehören und miteinander vernetzt sind. Daraus ergeben sich bestimmte Prinzipien, nämlich zum einen, den Wert allen Lebens in den Blick zu nehmen, den Wert allen Lebens auch in dem Sinne, dass man anders strukturiert und reagiert, wenn man Natur primär als Ressource betrachtet oder wenn man Natur primär als Heimat betrachtet, mit der man verbunden ist und von der man existenziell abhängt, wie wir es am Earth Overshoot Day bemerken.

Es hat Auswirkungen darauf, wie man auf nächste Generationen schaut, denn dann spielt man nicht das eigene Leben, die eigene Lebensqualität und den Wohlstand gegen die zukünftigen Generationen aus, sondern man betrachtet die eigene Verantwortung primär auch darin, der zukünftigen Generation nicht etwas zu nehmen an Freiheiten, was sie ohne unsere Lebensweise hätte. Wir nehmen ihnen ja letztlich etwas weg. Insofern ist mir aus der ethischen Perspektive diese grundsätzliche Sichtweise wichtig.

Dazu gehört der Wert allen Lebens, dazu gehören Gerechtigkeitsfragen, die sich eben auch auf zukünftige Generationen beziehen, aber auch auf andere Teile dieser Welt. Natürlich haben wir einen lokalen Blick, aber letztlich handelt es sich um eine globale Herausforderung. Dazu gehören Solidarität und Subsidiarität, Subsidiarität gerade auch in der Stärke lokaler Prozesse und regionaler Verbundenheiten. Und dazu gehört auch eine zeitliche und menschliche Nachhaltigkeit im Sinne des langfristigen Denkens und im Zusammenhang dessen, dass all das, was wir wissen, nur umgesetzt wird, wenn wir – ich bin wirklich jetzt nicht das, was man vielleicht üblicherweise in die Esoterik schiebt – ... Wenn die Menschen das Ausmaß dieser Klimaerfordernisse, die Auswirkungen auf unser aller Leben haben, nicht spüren, fühlen, und zwar vor einer Katastrophe, dann wird sich das ganze Wissen, das es schon gibt, nicht umsetzen lassen. Dann weiß man das alles, dann steht das in Tonnen von Stellungnahmen, es wird aber keine praktische Relevanz entfalten. Das muss ausstrahlen in unsere Bildung, also in die Art und Weise, wie Bildungseinrichtungen diese Form von Wissen vermitteln und verkörpern.

Und es hat Auswirkungen darauf, welche Institutionen und Strukturen und Prozesse man aufbaut. Die müssen nämlich sowohl cross-sektional verbunden werden, weil es einfach etwas miteinander zu tun hat. Klima ist nicht nur eine Frage des Gesundheitswesens, sondern es hat auch etwas mit der Wirtschaft, mit dem Wohnen, mit der Ernährung, mit unserer Mobilität und so etwas zu tun.

Diese ganzheitliche Sichtweise im Sinne eines Querschnittsdenkens zusammenzubringen und gleichzeitig vom Ort bis hin in die globale Dimension zu bringen, das scheint mir die wesentliche Herausforderung zu sein, um mit diesen Fragen zurechtzukommen.

Das haben wir letztlich aus vergangenen Krisen gelernt, Frau Weng, wenn ich an der Frage direkt anschließen darf, weil wir in der Pandemie gesehen haben, dass es da

Lücken gab, wie das funktionierte mit dem cross-sektionalen und der vertikalen Verbindung. Das hat leider in der Kommunikation, die dann in die Öffentlichkeit hin erfolgte, glaube ich, doch einen erheblichen Schaden durchaus an der einen oder anderen Stelle hervorgerufen, mit dem wir es auch langfristig zu tun haben. Und wir haben gesehen, dass dieses Zukunftsdenken, was wir perspektivisch für Daten brauchen, um richtig gute fundierte Entscheidungen zu treffen, auch nicht systematisch gemacht worden ist. Da haben andere Länder uns schon gezeigt, dass man das hätte besser hinbekommen können. Da kann man sich auch nicht auf die Datenschutz-Grundverordnung berufen und sich damit entschuldigen, denn damit hatten es diese anderen Länder auch zu tun und sie haben es trotzdem hinbekommen.

Wir haben gelernt, dass man die Vernachlässigung psychosozialer Aspekte und gesellschaftlicher Prozesse vernachlässigt hat und dass einem das dann langfristig auf die Füße fällt. Wir haben die vulnerablen Gruppen nicht ausreichend in den Blick genommen, also Jugendliche, alte Menschen. Ich glaube, das ist alles auch schon viel diskutiert worden. Der Grundsatz, der aber hinter all dem steckt, ist, dass ein konsequent verankertes Denken in Zukunftsszenarien mit der ausreichenden Inter- und Transdisziplinarität, also der Einbeziehung vieler Wissenschaften, die miteinander in Verbindung sein müssen, und außerwissenschaftlicher Akteure, nicht funktioniert hat. Dafür brauchen wir noch Strukturen.

Ich habe vorgeschlagen, für die Zukunft einen Rat für Klima und Gesundheit einzurichten. Das ist aber kein Rat, der einfach Stellungnahmen produziert, sondern das soll auch ein operativer, moderierender, koordinierender Rat sein. „Rat“ ist vielleicht nicht der richtige Begriff. Darauf kommt es mir jetzt auch nicht an. Es geht um das Zusammenbringen inter- und transdisziplinärer Perspektiven gerade auch im Hinblick auf Co-Creations-, Co-Productions-Prozesse – auch das hat ja gefehlt –, also vor Ort zu schauen, wie wir eine Impfkampagne umsetzen, nicht einfach nur, indem man informiert, dass es das gibt – das hat ja ganz offensichtlich nicht ausgereicht –, sondern indem man in die Viertel geht, Vertrauenspersonen hat, mit den Menschen diese Kampagnen aufzieht und das dann umsetzt.

Das waren die beiden Fragen, die ich hoffe jetzt ansatzweise beantwortet zu haben.

Dorothea Baltruks (Centre for Planetary Health Policy): Ich freue mich sehr über die Einladung und darüber, dass wir über dieses wichtige und gerade sehr aktuelle Thema sprechen dürfen.

Zu der Frage, wo wir aktuell mit der Klimaresilienz stehen und was wir von den Akteuren und der Politik im Besonderen brauchen: Ich glaube, wir können sagen, dass sich im Bereich der Klimaresilienz in den letzten Jahren endlich etwas bewegt hat. Wir haben das Thema lange nicht so richtig auf dem Schirm gehabt. Inzwischen haben wir viele Aktivitäten sowohl auf Bundesebene, zum Beispiel mit dem neuen Bundesklimaanpassungsgesetz, als auch hier auf Landesebene in NRW.

Viele dieser Maßnahmen sind aber gerade erst in der Entwicklung, bzw. gerade in Bezug auf das Gesundheits- und Pflegesystem fehlt es oft noch an Details. Sowohl im Bundesklimaanpassungsgesetz als auch hier auf Landesebene in dem Klimaanpassungs-

gesetz wird das kaum erwähnt. Da braucht es natürlich mehr Details, gerade auch in den Klimaanpassungsstrategien: Was braucht es im Gesundheitswesen? Wie kann man mit den Akteuren da zusammenarbeiten, um insbesondere die vulnerablen Gruppen, die vor allen Dingen im Gesundheits- und Pflegesystem betreut werden, besser zu schützen? Da hat sich in den letzten Jahren wirklich viel Positives entwickelt, aber es braucht eben viel mehr Details und vor allen Dingen natürlich auch eine Evaluation, welche Maßnahmen wirklich wirken. Das fehlt uns bislang, weil viele der Strategien und Maßnahmen, die es inzwischen gibt, eben noch relativ neu sind und es uns da einfach noch an Erfahrungswerten zumindest aus Deutschland fehlt.

Was ich in meiner Stellungnahme auch deutlich gemacht habe, ist, dass Klimaresilienz viel mit anderen Politikbereichen zu tun hat. Wir haben natürlich die Vorbereitung auf den Katastrophenfall selbst, aber insgesamt stoßen diese Katastrophen bzw. die Extremwetterereignisse, die durch den Klimawandel wahrscheinlicher werden, auf ein ohnehin angespanntes Gesundheits- und Pflegesystem. Für mich sind also andere Reformen im Gesundheits- und Pflegebereich essentiell, damit das System selbst gestärkt wird, damit überhaupt die Ressourcen im Gesundheits- und Pflegesystem da sind, sich auf zukünftige Krisensituationen besser vorbereiten zu können.

Da ist der Personalmangel natürlich eines der ganz großen Themen. Es fehlt oftmals daran, Kapazitäten überhaupt dafür aufwenden zu können, sich mit möglichen zukünftigen Krisensituationen zu beschäftigen. Aber es fehlt zum Beispiel eben auch an der IT-Vernetzung zwischen verschiedenen Institutionen im Gesundheitswesen. Der Pflegebereich wird oftmals ein bisschen vergessen. Den ambulanten Bereich mit dem Stationären zu verbinden, ist oftmals ein Problem.

Ganz kurz möchte ich noch darauf eingehen, was wir von der Politik brauchen, nämlich mehr Details dazu, auch mehr Zusammenarbeit: Wie verzahnen wir die verschiedenen Ebenen, was auf Bundesebene beschlossen wird, auf Landesebene und was die kommunale Ebene braucht? Das ist, glaube ich, ganz wichtig. Und dann eben auch, was es im Gesundheitswesen und im Pflegewesen braucht, um vor allem die vulnerablen Gruppen besser zu identifizieren, früh zu erreichen und dann eben ganz primär am besten zu schützen.

Wir sind in unserer Stellungnahme nicht nur auf Katastrophen eingegangen wie Überschwemmungen oder Stürme, sondern insbesondere auch auf das Thema „Hitze“. Vielleicht kommen wir darauf gleich noch. Denn das ist eine Gefahr, die hier in Deutschland ganz besonders groß ist und wo wir wissen, dass sie kommt, wahrscheinlich diesen Sommer. Wir wissen das ganz genau. Darauf müssen wir uns vorbereiten. Das wird ein Problem werden. Deswegen ist das, glaube ich, ein guter Anfang, weil wir da viele Lösungen eigentlich schon kennen.

Dr. Christine Wilcken (Städtetag Nordrhein-Westfalen [per Video zugeschaltet]): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Vielen Dank für die Möglichkeit, an der Anhörung zu diesem wichtigen Thema teilzunehmen. Wir haben es in den letzten Tagen erlebt: Extreme nehmen zu. Mit den Fragen, wie wir insgesamt resilienter werden, wer welche Rolle hat und wer welcher Akteur ist, müssen wir uns mehr und mehr auseinandersetzen.

Es ist schon angesprochen worden, Krisenvorsorge und insbesondere Hitzeschutz sind Querschnittsaufgaben in der Stadtverwaltung. Da gibt es die Gesundheitsbereiche, da gibt es die Klimabereiche. Alle arbeiten zusammen, müssen zusammenarbeiten, aber auch darüber hinaus in der Stadtgesellschaft mit allen Akteuren, die gefragt sind, insbesondere mit den kritischen Einrichtungen. Angesprochen worden sind auch schon die Pflegeeinrichtungen, die Kitas, die Schulen, die Ärzteschaft. Alle sind gefordert. Wir als Städte sehen unsere Rolle in einer koordinierenden und in einer Bündelungsfunktion gemeinsam natürlich mit dem Land.

Die Frage ist, wie wir sicherstellen können, dass die Kommunikation reibungslos funktioniert. Das funktioniert noch nicht gut in der Krise. Das merken wir immer wieder. Wir kommen immer wieder an die Systeme, wo dann plötzlich das Ressortprinzip gilt, wo die Informationsketten abreißen, wo man nicht voneinander weiß. Deswegen schauen wir auf ganzheitliche Systeme.

Gleichzeitig muss aber auch jedes System für sich resilient sein. Was meint das? Wir brauchen zum Beispiel Klimaanpassungskonzepte oder Hitzeaktionspläne, die dort Bestandteil sind oder die ein Extrabestandteil sind. Den erarbeiten wir in den Städten gemeinsam. Aber gleichzeitig ist auch der Wunsch und auch ein Stück die Erwartungshaltung an die Betreiber von kritischen Infrastrukturen, für sich selbst Vorsorge zu betreiben. Selbstvorsorge ist ein ganz wesentlicher Punkt. Wir als Städte unterstützen mit der Hilfe zur Selbstvorsorge, also resilienter werden, um die Selbstverantwortung der Menschen und auch der kritischen Einrichtungen zu stärken. Das ist ein wichtiger Punkt.

Wir sind überzeugt, dass Anpassungskonzepte richtig und wichtig sind. Wir finden es richtig, dass Klimaanpassungskonzepte verpflichtend werden. Da haben wir den Wunsch und die Erwartung an die Landesregierung, zügig das Klimaanpassungsgesetz des Bundes jetzt auch im Landesgesetz dann umzusetzen bzw. das Landesgesetz nachzusteuern. Es ist im Moment ja nur (*akustisch unverständlich*) vorzulegen. Wir sind überzeugt, dass wir Krisenstäbe brauchen auf allen Ebenen und auch ein etabliertes Krisenmanagement in den Strukturen, also in den KRITIS-Bereichen. Dort braucht es Konzepte, wie man mit Krisen umgeht, wie man mit Unvorhergesehenem umgeht.

Wir möchten uns gerne dafür aussprechen, dass wir uns auf Szenarien vorbereiten. Man wird sich in der jetzigen Lage von kaskadierenden Krisen oder Lagen nicht auf jedes kleine Miniszenario vorbereiten können, aber wir sagen schon, dass es eine Handvoll Szenarien gibt, auf die man sich abgestimmt mit dem Land und mit kritischen Infrastrukturen vorbereiten kann, also die klassischen Dinge wie Hitzewellen, Hochwasser, Pandemien, Blackouts, Brownouts. Auf diese Dinge müssen wir vorbereitet sein. Insofern wünschen wir uns dort einen Rahmen, in dem man miteinander spricht: Worauf bereitet ihr euch vor, und wie könnt ihr euch besser darauf vorbereiten?

Wir halten es für richtig, dass nicht jeder das Rad neu erfinden muss. Es gibt ganz viele Akteure, die unterwegs sind und Musterpläne machen, Musterkrisenpläne, Mustervorsorgepläne, Musterhitzeschutzpläne. Voneinander zu wissen, ist sehr wichtig. In der letzten Woche fand zum Beispiel der Hitzegipfel bei Professor Lauterbach, dem Bundesgesundheitsminister, statt. Dort wurden Hitzeschutzpläne für Pflegeeinrichtungen

vom Qualitätsausschuss Pflege sozusagen veröffentlicht oder Musterhitzeschutzpläne für Krankenhäuser. Insofern halten wir es – dann jetzt noch mal die Ebene höher – auch auf Bundesebene für notwendig, dass nicht jeder seinen eigenen Plan macht, sondern dass man sich dort abstimmt.

Wir glauben, dass es wichtig ist, sich auf Krisen besser vorzubereiten und auch zu üben, gemeinsam, gerade weil die Kommunikation wichtig ist: Wer ist der Ansprechpartner? Das regelmäßig zu üben und sich abzustimmen, sehen wir als sehr wichtig an.

Vorsitzender Dr. Hartmut Beucker: Als letzte in der ersten Antwortrunde bitte ich nun Frau Professorin Dr. Traidl-Hoffmann um ihre Antwort.

(Aussetzer in der Videoübertragung.)

– Ist da irgendwas mit der Technik passiert? Da ist sie wohl. Mikrofon an und Kamera an, dann könnten wir das verstehen.

Ich schlage vor, dass wir mit der zweiten Fragerunde beginnen. Sobald Frau Professorin Traidl-Hoffmann technisch einsatzklar ist, kann sie die Antwort nachholen. – Herr Berger.

Christian Berger (CDU): Unsere zweite Frage geht an Professor Dr. Markus Keck. Die Frage lautet: Wie kann die Identifikation und Lokalisierung vulnerabler Personengruppen in urbanen Gebieten verbessert werden, um sicherzustellen, dass diese im Falle einer Katastrophe rechtzeitig Unterstützung und Evakuierung erhalten?

Rodion Bakum (SPD): Unsere nächste Frage geht an Professor Fishedick. Und zwar möchte ich aus der ersten Fragerunde einen anderen Aspekt aufgreifen und Sie explizit fragen, wie wir sozusagen den Prozess der Klimavorsorge, des Schutzes und der Anpassung sozusagen organisatorisch im Prozess hinkriegen, sprich auch mit der Kommunikation. Beispiele wurden ja genannt. Die Hitzesaison hat vorgestern begonnen, auch wenn wir es hier noch nicht merken, aber die Starkregenereignisse in Süddeutschland sind ja eine unmittelbare Auswirkung dessen. Der Musterhitzeschutzplan des Bundesgesundheitsministers wurde erwähnt. Die Frage ist: Wie machen wir einerseits deutlich, dass wir das hier auch umsetzen? Ich kann nur sagen, in den Krankenhäusern, in denen ich gearbeitet habe, durfte man nicht mal eine Flasche Wasser nehmen, die musste man selber mitbringen. Über den Rest brauchen wir, glaube ich, gar nicht zu reden.

Der zweite Punkt ist: Sie haben ja ein Gutachten gemacht für die Deutsche Krankenhausgesellschaft, was die Klimaneutralität angeht, und haben festgestellt, für den Klimaboost alleine brauchen wir 7,7 Milliarden Euro in Nordrhein-Westfalen. Eingeplant sind 800 Millionen nur für diesen Bereich. Insofern wissen wir, dass wir da eine Lücke haben, aber wie machen wir sozusagen deutlich, dass wir da noch mehr tun? Sie haben auch den Klimaschutzmanager erwähnt. Den haben 41 % der Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen. Wir sind jetzt sozusagen mitten in einer Hitzesaison, und die Frage ist: Wie kriegen wir diesen Prozess schneller hin, und wie machen wir es

kommunikativ deutlich, dass es jetzt oder gestern sein müsste und nicht erst in fünf Jahren?

Jule Wenzel (GRÜNE): Zunächst einmal vielen Dank, dass Sie, Frau Baltruks und Frau Wilcken, gerade schon auf die Hitzeschutzpläne eingegangen sind.

Meine erste Frage richte ich an Frau Baltruks, kündige Frau Wilcken aber an, dass ich gleich aber bei ihr auch noch mal nachfrage.

Sie haben in Ihre Stellungnahme Best-Practice-Beispiele aufgenommen. Das finden wir immer super, wenn in Stellungnahmen Best-Practice-Beispiele aufgeführt werden, zum Beispiel das Aktionsbündnis Hitzeschutz Berlin und das Verbundprojekt in Baden-Württemberg, das ja vor allen Dingen die Koordination zwischen den Ebenen vorantreibt. Können Sie uns vielleicht da noch einmal skizzieren, wie das geschieht, ob daraus auch Handlungsempfehlungen für uns abzuleiten sind, und welche weiteren Maßnahmen schlagen Sie bei den Hitzeschutzpläne vor?

Angela Freimuth (FDP): Ich habe eine Frage an Herrn Professor Dr. Fishedick. Welche Erkenntnisse gibt es dazu, wie gut die Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen auf die gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels vorbereitet ist, und findet gegebenenfalls bereits ein laufendes Monitoring statt.

Dr. Hartmut Beucker (AfD): Meine Frage geht an Frau Baltruks. Auf Seite 1 Ihrer Stellungnahmen nennen Sie die Zahlen des Robert Koch-Instituts zu den hitzebedingten Sterbefällen. Sie hatten ja schon angekündigt, dass wir zur Hitze noch kommen würden. Wodurch erklärt es sich eigentlich, dass es im Jahr 2018 noch derartig viele Sterbefälle gab, 8.300, und dass das in den Folgejahren weniger wurden?

Vorsitzender Dr. Hartmut Beucker: Das sind die Fragen für die zweite Runde, aber ich habe gesehen, dass Frau Professorin Dr. Traidl-Hoffmann jetzt wieder bei uns ist. – Ich bitte Sie, die Frage aus der ersten Fragerunde zu beantworten.

Prof.'in Dr. Claudia Traidl-Hoffmann (Universität Augsburg, Medizinische Fakultät [per Video zugeschaltet]): Vielen Dank. Ich hoffe, man kann mich jetzt hören. Ich muss mich entschuldigen. Anscheinend ist das Internet derzeit schwach bei uns.

Sehr gerne antworte ich zum Thema „psychische Gesundheit“. Es ist gut, dass wir auch auf die Hitze zu sprechen kommen, weil das ist natürlich das größte Risiko, das wir derzeit in Deutschland haben, das ich als Ärztin in meinem täglichen Handeln sehe.

Zum Thema „psychische Gesundheit“ muss ich sagen, dass das Thema „psychische Gesundheit“ tatsächlich das am wenigsten untersuchte Thema ist. Wir wissen hier am wenigsten über den Effekt des Klimawandels und der globalen Veränderung, auch den Verlust von Biodiversität, den wir hier auch nicht vergessen dürfen, auf die psychische Gesundheit.

Wichtig ist da einmal: Was können wir tun? Das Erste ist: Bildung und Bewusstseinsbildung. Also, wir müssen darüber aufklären in Schulen, in Gemeinschaftsorganisationen und auch in den Medien, dass wir einen Einfluss auf die Psyche haben. Das Nächste ist natürlich, dass wir auch zum Beispiel durch Workshops und Seminare Angebote zur Förderung des Wissens über den Klimawandel und psychische Gesundheit machen und insbesondere die Resilienz der Bevölkerung stärken, dann natürlich persönliche Strategien fördern. Ich muss aber sowieso sagen – und auch das wieder aus dem täglichen Leben von mir als Ärztin –, wenn Menschen mit psychischen Problemen zu mir kommen, und das sind viele von meinen Patientinnen und Patienten, weil fast jeder Patient nicht nur eine physische Erkrankung hat, sondern die wird meistens auch begleitet durch psychische Erkrankungen, da ist es sehr, sehr schwer, Behandlungsplätze zu bekommen. Das wäre eine ganz konkrete Maßnahme, die wir ergreifen müssen, psychologische Unterstützung, Zugang zu Therapien, zu Kriseninterventionen. Das ist das, was wir im täglichen Leben brauchen.

Eine Nachricht von mir als Ärztin an Sie als Politiker*innen ist, dass wir hier wirklich mehr Psychotherapeuten brauchen. Wir brauchen mehr Zugang, wir brauchen hier wirklich eine starke Verstärkung, das heißt politische und institutionelle Maßnahmen, also Förderung und Implementierung von politischen Maßnahmen, die die Auswirkungen des Klimawandels mindern, gleichzeitig auch die psychische Gesundheit berücksichtigen.

Wir wissen so wenig über Klimawandel und psychische Gesundheit. Wir wissen, dass zum Beispiel die Suizidalität bei Hitze zunimmt. Das heißt, wir brauchen hier mehr Forschung und Entwicklung und die Unterstützung der Forschung zu Auswirkungen des Klimawandels auf die psychische Gesundheit.

Und dann müssen wir natürlich Umweltmaßnahmen ergreifen, Klimaschutzmaßnahmen, die junge Generation ernst nehmen mit ihren Zukunftsängsten. Hier müssen wir aktiv werden.

Durch die Kombination dieser präventiven Maßnahmen kann die psychische Gesundheit im Kontext des Klimawandels gestärkt und geschützt werden, gerade unserer jungen Menschen in NRW und in Deutschland.

Vorsitzender Dr. Hartmut Beucker: Vielen Dank für diesen Abschluss der ersten Fragerunde.

Jetzt kommen wir zum Beginn der zweiten Antwortrunde. – Herr Professor Dr. Keck.

Prof. Dr. Markus Keck (Universität Augsburg, Lehrstuhl Urbane Klimaresilienz [per Video zugeschaltet]): Ich hoffe auch, dass man mich verstehen kann.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Herzlichen Dank für die Einladung und herzlichen Dank auch für die Frage. Ich möchte mit einer positiven Aussage beginnen, und zwar, egal, ob wir über Hitze, Trockenheit, Dürre oder aber auch Starkregen, Sturzfluten, Hochwasser sprechen, ich denke, es ist zentral, zu sehen, dass wir gemeinsame Aktivitäten starten können, die in jedem dieser Extremfälle nützlich sind. Ich denke hier in erster Linie an den Ausbau der blauen und

grünen Infrastruktur, die sowohl dazu führt, dass Kommunen und Städte während Hitzeperioden gekühlt werden, als auch dazu, Wasser zurückzuhalten, als Retentionsfläche zu dienen und eben Hochwasser und den Verlust von Leben und finanziellem Schaden zu vermindern. Das ist die Vorbemerkung.

Für die Identifizierung vulnerabler Gruppen, denke ich, sind zwei Dinge zentral. Das eine ist die grundsätzliche Perspektive bzw. Zeitlichkeit von solchen Extremwetterereignissen, wie wir sie jetzt gerade auch bei uns sehen. Ich selber wohne in einer Kommune, wo gerade der Katastrophenfall ausgerufen worden ist. Ich bin froh, dass ich hier auf die Arbeit kommen konnte. Mit Zeitlichkeit meine ich, dass ebensolche Überschwemmungen, aber auch Hitzeereignisse noch Monate bis Jahre danach Menschen psychisch belasten. Ich habe das selber im Sommer letzten Jahres im Ahrtal anhand einer Untersuchung bestätigen können. Sie müssen sich vorstellen, das Extremwetterereignis ist keine Sache, der man individuell begegnet, sondern sie zerstört soziale Netzwerke. Diese sozialen Netzwerke können nicht einfach so wieder aufgebaut werden. Leute ziehen weg, Leute versterben, andere kommen zurück, die Gemeinde ist nicht mehr existent. Das heißt, hier ist es ganz wichtig, in den sozialen Zusammenhalt, auch in die Zivilgesellschaft zu investieren. Für die Identifizierung der vulnerablen Gruppen heißt es, einen langen Atem zu haben. Das bezieht sich natürlich auch auf physische Gesundheitsschäden wie etwa Schimmelbefall etc.

Das Zweite ist eher kurzfristig. Da geht es wirklich um eine Identifikation im Notfall: Wer sind die Gruppen? Wer sind die Personen, die jetzt konkret evakuiert werden müssen? Welche Informationen braucht der Krisenstab? Hier denke ich, dass ein Register auf kommunaler Ebene sinnvoll wäre, auf freiwilliger Basis etwa, wo man sich melden kann, ähnlich dem Organspendeausweis, um dann gezielt evakuiert zu werden.

Diese beiden Dinge – deswegen habe ich das erwähnt – gehen Hand in Hand. Eine gute Nachbarschaft macht Evakuierung dann unnötig, aber für den Fall der Fälle greift es dann.

Das wären erst mal meine Hinweise.

Prof. Dr. Manfred Fishedick (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie): Auch von meiner Seite einen schönen guten Morgen und vielen Dank für die Einladung, auch für die Frage, die ich gerne aufgreifen will.

Ich fange mal nicht direkt mit den Krankenhäusern an, sondern eine Ebene höher, nämlich mit dem Punkt, dass ich glaube, dass wir gut daran tun, die potenziellen Auswirkungen oder die schon spürbaren Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit ganzheitlich zu verstehen und nicht nur die physischen direkten Auswirkungen im Blick zu haben, sondern durchaus auch die, die man vielleicht als indirekte oder Auswirkung zweiter oder dritter Ordnung bezeichnen würde. Wir haben ja glücklicherweise heute Morgen schon die psychischen Auswirkungen angesprochen. Das sind ja genau diejenigen, die sich vielleicht nicht direkt aus den physischen Auswirkungen ableiten lassen, aber zunehmend an Bedeutung gewinnen. Die Fallzahlen nehmen zu. Also, der erste Punkt ist, noch besser zu verstehen, was denn die Auswirkungen des Klimawandels im gesundheitlichen Bereich überhaupt sein können oder zukünftig sein werden.

Zweiter Punkt. Ich setze noch mal an der Sensibilisierung vulnerabel Gruppen an. Wenn man an vulnerable Gruppen denkt, dann denkt man natürlich zunächst mal an diejenigen, die direkt betroffen sind. Mit Blick auf Süddeutschland sieht man es ja leider heute wieder in den Medien. Es sind natürlich viele direkt betroffen, aber es sind immer viele auch indirekt betroffen, sie werden jetzt im Sommer dann wieder betroffen sein, wenn die Hitzewellen kommen. Das sind die Menschen in den Krankenhäusern, in den Pflegeeinrichtungen. Das sind die Vorerkrankten, die sich nicht gut wehren können. Es sind aber auch Menschen, die beispielsweise in exponierten Lagen arbeiten und Schutz brauchen vor Zunahme an UV-Strahlung. Also, Sie haben eine breite Palette von durchaus vulnerablen Gruppen, um die wir uns kümmern müssen.

Wir hatten in unserer Stellungnahme kurz erwähnt, es sind gerade die Menschen, die heute schon zum Beispiel in Wohnsituationen leben, wo die räumlichen Bedingungen nicht besonders gut sind, also, um das diplomatisch auszudrücken, an großen Verkehrsstraßen, wo die Luftverschmutzung eine große Rolle spielt, die natürlich auf Gesundheit einwirkt. Und es sind auch genau die Stellen, wo Hitzewellen natürlich eine besonders starke Auswirkung haben, wo die Parks, wo die Grünflächen, wo auch die blaue Infrastruktur vielleicht weit weg ist. Also, die vulnerablen Gruppen besser zu identifizieren, ist, glaube ich, ganz wichtig.

Dann gerne direkt zu den Krankenhäusern. Tatsächlich ist es so, dass ein größerer Teil der verletzlichen Gruppen in den Krankenhäusern, in Pflegeeinrichtungen sind. Hier haben wir – nicht nur wir – festgestellt, dass die Bedingungen in den Krankenhäusern in Nordrhein-Westfalen – das kann man aber durchaus auf Deutschland insgesamt übertragen – in Hitzeperioden nicht besonders gut sind, um gesund zu werden. Es fehlt an den Lüftungsanlagen, es fehlt an der Versorgung. Sie haben das Wasserbeispiel genannt. Es fehlt an der richtigen Dämmung, Isolierung der Gebäude. Insofern sind gerade in Krankenhäusern in Hitzeperioden die Rahmenbedingungen für die Menschen besonders schlecht, die eigentlich gesund und nicht durch Hitzebedingungen noch kränker werden sollen.

Da sind natürlich Hitzeaktionspläne, die jetzt vom Bundesgesundheitsminister vorgestellt worden sind, gut. Sie reichen meines Erachtens aber noch nicht aus. Sie gehen sehr stark auf verhaltensbedingte Veränderungen, das, was man kurzfristig machen kann. Das sollte man auch alles tun, also Verdunklung von Räumen beispielsweise in Hitzeperioden. Das ist alles richtig und wichtig. Aber am Ende des Tages werden wir nicht umhinkommen, auch in die Infrastruktur zu investieren, also in die Ertüchtigung der Krankenhäuser. Da gibt es erste Maßnahmen. Nur das, was sich dort an Investitionen aufgestaut hat, wird man mit den Mitteln, die bisher zur Verfügung gestellt worden sind, nicht ausreichend adressieren können. Hier haben wir sicherlich einen Bereich, der neben dem, was man verhaltensbedingt kurzfristig tun kann, mittel- bis langfristig auf der Agenda gehört, um gerade die vulnerablen Gruppen in Krankenhäusern, aber indirekt auch in Pflegeeinrichtungen zu stärken.

Dorothea Baltruks (Centre for Planetary Health Policy): Vielen Dank für die beiden Fragen zum Thema „Hitze“. Zunächst einmal zu den Best-Practice-Beispielen in Berlin und in Baden-Württemberg, insbesondere in Berlin. Das Hitzeschutzbündnis Berlin

gibt es seit ein paar Jahren. Ich glaube, da können wir einiges lernen. Ich glaube, das Positive daran war, dass alle relevanten Akteure zusammengekommen sind und regelmäßig sich auch austauschen, gemeinsam diese Musterhitzeaktionspläne für die verschiedenen Bereiche des Gesundheitswesens und des sozialen Wesens erarbeitet haben und es da einfach eine sehr gute Zusammenarbeit gegeben hat und einen guten Austausch darüber, was die Verantwortlichkeiten jeder einzelnen Ebene sind. Natürlich haben auch die einzelnen Einrichtungen eine Verantwortung, die Menschen, um die sie sich kümmern, die sie pflegen, die sie gesundheitlich betreuen, besser zu schützen, auch zu identifizieren, welche spezifischen Herausforderungen wir mit unserem Klientel in unserer Arbeit, in unseren Einrichtungen haben, aber gleichzeitig geht es da natürlich auch um die politische Ebene, auf kommunaler und auf Landesebene: Welche Herausforderungen gibt es, wo fehlt es an Schnittstellen, an Koordination in Hitzefällen und welche Investitionen braucht es? Es wurde gerade schon angesprochen. Das betrifft natürlich die Krankenhäuser, die Pflegeeinrichtungen, das betrifft aber auch andere Bereiche in der sozialen Arbeit, zum Beispiel im Umgang mit Menschen ohne Obdach, also mit den Menschen, die eben besonders vulnerabel sind, in den Kitas. Das ist wirklich ein ganz weitreichender Bereich. Insofern würde ich sagen, diese wirklich gute Zusammenarbeit und alle Akteure an einen Tisch zu holen, ist ganz besonders wichtig.

Das Projekt in Baden-Württemberg hat gerade erst angefangen. Insofern fehlt es da noch an Erkenntnissen. Was da aber besonders gut ist, finde ich, ist dieser Fokus auf den ÖGD, denn der Öffentliche Gesundheitsdienst spielt eine sehr wichtige Rolle im Hitzeschutz wie auch insgesamt beim Thema „Klimawandel und Gesundheit“. Hier in Nordrhein-Westfalen macht das LZG ja auch schon eine ganze Menge in diesem Bereich, viel an Aufklärung. Da ist natürlich wichtig, zu sehen, welche Möglichkeiten es gibt, dafür zu sorgen, dass diese Ressourcen und die Expertise vom ÖGD dann auch wirklich in die Breite kommt, mit den anderen Akteuren zusammen auch genutzt wird, und welche Unterstützung es braucht. Wir wissen aus der Pandemie, dass der ÖGD sehr schnell überlastet war, dass es da einfach auch an Ressourcen, an Personal fehlt. Das ist zum Teil jetzt mit dem Pakt für den ÖGD angegangen worden, aber da ist sicherlich noch ein sehr weiter Weg vor uns.

Vielleicht noch einen Punkt dazu, was besonders wichtig ist bei diesen Hitzeaktionsbündnissen, nämlich dass es sowohl die Vorbereitung auf die Akutsituation gibt, was wir ganz konkret diesen Sommer machen, wenn es nächste Woche losgehen könnte, was ganz akut passiert, wie da auch die Zusammenarbeit funktioniert, aber wichtig ist auch die langfristige Vorbereitung darauf, dass man sich eben auch anguckt, in welchen anderen Politikbereichen ... Die Wohnsituation wurde gerade angesprochen. Es ist ein ganz wichtiges Thema. Das gilt auch dafür, wie man Hitzeschutz im Arbeitsschutz besser verankert. Das betrifft Menschen, die im Pflege- und Gesundheitssystem arbeiten, genauso wie Erntehelfer, wie Menschen, die auf dem Bau arbeiten, wie unsere ganzen Fahrradkuriere. Also, das betrifft wirklich eine sehr breite Bevölkerung. Insofern ist die langfristige Vorbereitung sehr wichtig.

Zu der Frage, warum es nach 2018 teilweise weniger Sterbefälle in den Hitzeperioden gab. Zum einen variieren die Hitzewellen natürlich in Intensität und in der Länge. Das nimmt nicht einfach jedes Jahr zu, sondern das sind natürlich Unterschiede. Und in

Bezug auf die Auswirkungen auf die Mortalität gibt es zum Beispiel auch Unterschiede darin, wo diese Hitzewellen besonders intensiv sind. Wir wissen, dass Städte besonders betroffen sind, weil sich diese Wärmeinseleffekte bilden. Wir wissen aber auch, dass es auch weitere Effekte gibt. Wenn zu Beginn des Sommers eine Hitzewelle besonders intensiv ist, ist die Mortalität tendenziell höher. Es gibt dann so einen gewissen Gewöhnungseffekt über den Sommer, weil sich Menschen in ihrem Verhalten besser daran anpassen, auch Institutionen sich besser an die Gegebenheiten anpassen.

Wir wissen es nicht genau, aber es kann natürlich auch sein, dass diese wachsende Aufmerksamkeit auf das Problem der Hitze und die entsprechenden Maßnahmen eben auch einen Effekt darauf haben, also dass vielleicht doch Menschen, vor allen Dingen Hochaltrige, Vorerkrankte und Kinder, besser geschützt werden. Auch das kann sicherlich ein Effekt sein. Wie viele Menschen bei einer Hitzewelle sterben bzw. von zunehmender Krankheitslast betroffen sind, das ist ja nicht feststehend, sondern das meiste davon kann man vermeiden.

Die Gesundheitsfachleute, also Mediziner*innen, anderes Gesundheitspersonal, haben natürlich in der Aufklärung eine ganz wichtige Rolle. Wir haben gesehen, dass sich immer mehr Fachgesellschaften, Ärztekammern sehr darum bemühen. Auch die Pflege ist da inzwischen sehr aktiv. Also, da wird auch immer mehr Aufmerksamkeit für das Thema geschaffen.

Ich würde auch sagen, dass die politische Kommunikation natürlich auch ganz essenziell ist, denn wie ernst die Politik diese Probleme nimmt und das auch in die Bevölkerung kommuniziert, das hat natürlich auch eine Auswirkung darauf, wie die Bevölkerung diese Gefahren wahrnimmt. Ich sage mal, wenn von Klimahysterie gesprochen wird, dann hat das auch eine Auswirkung darauf, wie bei der nächsten Hitzewelle die Menschen diese Warnung wahrnehmen. Wir haben da ja auch einen Abnutzungseffekt. Wenn Menschen nicht daran glauben, dass da wirklich was Schwieriges auf sie zukommt, und ihnen das so auch übermittelt wird, dann hat das natürlich für die Prävention und auch den Eigenschutz problematische Auswirkungen.

Zuletzt kann man natürlich auch sagen, dass wir es seit 2020 mit der COVID-19-Pandemie zu tun haben. Es ist natürlich nicht unwahrscheinlich, dass es da Effekte gegeben hat, weil Menschen sich einfach generell viel mehr geschützt haben, weil Gesundheitsschutz dann mehr im Vordergrund stand, weil viele Menschen von zu Hause gearbeitet haben und sich da einfach viele Gegebenheiten verändert haben. Insofern sind solche Schwankungen zu erwarten und wird es auch weiterhin in Zukunft geben.

Vorsitzender Dr. Hartmut Beucker: Vielen Dank, Frau Baltruks, Sie haben jetzt keck die beiden an Sie gerichteten Fragen zusammengefasst, während Herr Professor Fishedick das mehr der Reihe nach gehandhabt hat. Fühlen Sie sich frei, beides zu machen. Aber da ist jetzt noch Herr Professor Fishedick mit einer Antwort übrig geblieben in dieser Runde. – Bitte schön.

Prof. Dr. Manfred Fishedick (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie): Genau, ich wollte gerne noch auf die Frage von Frau Freimuth eingehen. Sie haben danach gefragt, wie gut eigentlich die Bevölkerung vorbereitet ist und ob es Monitoringmaß-

nahmen dafür oder Kenntnisse darüber gibt, ob das sich in der letzten Zeit verbessert hat.

Zum einen würde ich gerne auf das verweisen, was Frau Baltruks gerade schon gesagt hat. Es gibt natürlich Lerneffekte. Wir sehen ja nicht die erste Hitzeperiode, sondern haben uns leider in den letzten Jahren immer wieder an solche Hitzeperioden gewöhnen müssen, die dann über längere Wochen zu entsprechenden Auswirkungen geführt haben. Insofern gibt es ein Stück weit eine Sensibilisierung durch die realen Ereignisse, durch die Erfahrungen, die man selber gemacht hat, die aber auch die Städte gemacht haben und wie sie darauf reagiert haben.

Es gibt meines Wissens aber keine wirklichen Monitoringmaßnahmen oder Monitoringprojekte, die versucht haben, zu messen, wie gut sich die Menschen auf die nächste Hitzeperiode, auf die nächsten Starkregenereignisse vorbereitet fühlen. Das steht sicherlich noch aus. Das wird möglicherweise auch kommen oder kommen müssen. Sie wissen ja, wir haben nicht nur auf der nordrhein-westfälischen Ebene ein Klimaanpassungsgesetz, sondern mittlerweile auch auf der Bundesebene, Ende letzten Jahres verabschiedet. In Entwicklung ist eine Klimaanpassungsstrategie, die dann sozusagen stärker ins Operative geht. Da werden Sie dann auch Hinweise finden, wie man Monitoringmaßnahmen verbessern muss.

Das, was es in Nordrhein-Westfalen schon gibt, ist vieles, was vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz erhoben wird. Das erfasst nicht unbedingt die Frage, wie gut sich Verbraucher, wie gut sich die Menschen vorbereitet fühlen, aber es umfasst andere wichtige Indikatoren, zum Beispiel die Wärmebelastung, die Anzahl der tropischen Nächte, der Anteil der Bevölkerung, der tatsächlich vulnerabel ist, der von Hitzeereignissen betroffen ist. Man versucht auch, die hitzebedingten Todesfälle abzuleiten. Also, da gibt es Monitoringmaßnahmen seitens des LANUV und Zahlen, die regelmäßig erhoben werden und dann natürlich aber auch stärker kommuniziert werden müssten, um die Bevölkerung zu sensibilisieren.

Es gibt auf der kommunalen Ebene die eine oder andere Stadt, die sicherlich sehr stark versucht, ihre Bevölkerung zu sensibilisieren, zu unterstützen in Zeiten, wo die Hitzeereignisse besonders stark sind. Da gibt es eben Städte, die den UV-Index sichtbar machen. Da gibt es Städte, die in den Sommermonaten zusätzliche Wasserspender aufstellen. Da gibt es Städte, die Hinweise geben, dass man seinen Tagesablauf möglicherweise anpassen sollte, also in den Hitzestunden zwischen 11 und 15 Uhr möglicherweise nicht draußen arbeitet oder Sport macht, die reingehen in die Kindergärten, in die Schule. Es gibt mittlerweile eine Menge von Maßnahmen gerade auf der kommunalen Ebene, um stärker zu sensibilisieren.

Aber noch mal, soweit ich weiß, gibt es jetzt kein umfassendes Monitoring, um wirklich messen zu können, ob das jetzt besser ist als vor fünf Jahren oder vor drei Jahren oder vor zehn Jahren. Da ist sicherlich noch Erkenntnisbedarf.

Vorsitzender Dr. Hartmut Beucker: Vielen Dank. – Wir kommen dann zur dritten Fragerunde. Herr Berger.

Christian Berger (CDU): Ich möchte bei Frau Baltruks noch mal nachfragen. Wir haben jetzt ein paar Antworten und ein paar Sachen zum Thema „Hitze“ gehört. Daraus ergibt sich noch mal für uns eine Nachfrage. Hitze ist in vielen Teilen dieser Welt ein bekannter Faktor. Hitzeperioden gibt es überall in der Welt. Warum ist Deutschland Ihrer Meinung nach so schlecht vorbereitet?

Im Anschluss daran die Nachfrage: Ist unsere kritische Grenze, was Temperatur angeht, anders als in anderen Ländern, dass wir anders reagieren müssen?

Rodion Bakum (SPD): Meine Frage geht an die Frau Dr. Wilcken vom Städtetag. Wir haben hier in diversen Anhörungen die zentrale Rolle der Kommunen immer wieder beleuchtet, kommunale Katastrophenschutzpläne als Notwendigkeit festgestellt. Jetzt haben Sie auch in Ihrer Stellungnahme insbesondere das Konnexitätsprinzip und die Investitionen angesprochen. Dazu muss man sagen, bei allen Gesetzen ist Klima keine Pflichtaufgabe, weder in Nordrhein-Westfalen noch in Deutschland. Um ein Beispiel aus meiner Kommune Mülheim zu nennen: Da gibt es drei Klimaschutzmanager auf zwei Jahre begrenzt, weil es einfach eine freiwillige Aufgabe ist. Die werden dann vermutlich bei den nächsten Haushaltsberatungen zur Disposition stehen.

Die Hitzeaktionspläne wurden erwähnt. Von 53 kreisfreien Städten und Kreisen in Nordrhein-Westfalen haben nur Köln und der Kreis Kleve einen beschlossenen, der in der Umsetzung ist. Alle anderen sind nicht vorbereitet auf die kommenden Hitzewellen.

Insofern die Frage an Sie: Müsste Klima auch finanziell gesehen eine Pflichtaufgabe des Landes sein, die die Kommunen entsprechend dann umsetzen können?

Jule Wenzel (GRÜNE): Ich habe ja schon angekündigt, dass ich noch mal bei Frau Wilcken nachfrage, gerade auch bei den Hitzeaktionsplänen. Sie haben angesprochen, dass es gut wäre, wenn es Modellpläne gäbe, die den Kommunen zur Verfügung gestellt werden. Welche Aspekte sehen Sie als besonders relevant an, die in diesen Modellplänen vom Land aufgeführt werden können, und welche Unterstützung wünschen Sie sich bei der Gestaltung dieser Pläne vor Ort?

Angela Freimuth (FDP): Da der Kollege Bakum gerade die finanziellen Aspekte angefragt hat, kann ich meine dritte Frage an Herrn Professor Keck richten. Wie könnte die Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Stellen, der Zivilgesellschaft und den vielen Akteuren, die insgesamt dabei im Feld sind, verbessert werden, um die Resilienz gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels zu stärken?

Dr. Hartmut Beucker (AfD): Meine Frage geht noch mal an Frau Professorin Dr. Traidl-Hoffmann. Sie haben in Ihrer Stellungnahme die Klimaangst beschrieben. Welche therapeutischen bzw. medizinischen Maßnahmen würden Sie für geeignet halten, diese Klimaangst zu lindern?

Vorsitzender Dr. Hartmut Beucker: Wir fangen mit Frau Baltruks an.

Dorothea Baltruks (Centre for Planetary Health Policy): Vielen Dank für die Frage, ob Deutschland schlechter vorbereitet ist bzw. der Vergleich mit anderen Ländern. Zum einen muss man erst mal sagen: Hitzewellen nehmen natürlich global zu in den allermeisten Regionen der Welt. Wir haben gerade zum Beispiel diese extreme Hitzewelle in Südostasien gesehen. Das ist da natürlich für die Bevölkerung eine große Bedrohung. Auch da hat das natürlich dramatische Auswirkungen. Es bereiten sich ja auch viele andere Länder auf diese intensiveren und längeren Hitzewellen vor.

Weshalb wir aber in Deutschland schlechter vorbereitet bzw. vulnerabler sind, liegt zum einen daran, dass wir eine relativ alte Bevölkerung haben. Im Vergleich zu vielen anderen Ländern haben wir eben viele in dieser hochaltrigen Bevölkerungsgruppe, die ganz besonders vulnerabel sind bei Hitzewellen. Das heißt, es gibt einfach eine größere Gruppe, die ganz akut davon bedroht ist. Wir haben relativ viele Menschen, die mit chronischen Erkrankungen leben. Das sind eben auch Risikofaktoren dafür, dass man vulnerabler ist gegenüber den Auswirkungen von Hitze auf die Gesundheit.

Zum anderen liegt das natürlich auch daran, dass wir insgesamt weniger Sensibilisierung für das Thema „Hitze“ in der Bevölkerung haben. Ich glaube, lange war für uns – das war ja auch oftmals so dargestellt – der Sommer etwas Schönes. Darauf freuen wir uns. Dann gehen wir alle raus und trinken Bier. Dass es auch problematisch sein kann für die Gesundheit, dass man da doch mehr Vorkehrungen treffen muss, war, glaube ich, lange in der Sensibilisierung der Bevölkerung einfach nicht verankert.

Und auch unsere Infrastruktur ist natürlich gar nicht darauf vorbereitet. Wir haben andere Länder, die schon sehr lange so gebaut haben, dass sich die Häuser im Sommer eben nicht so aufheizen. Das war bei uns lange kein großes Thema. Wenn wir jetzt hier – das habe ich in meiner Stellungnahme auch erwähnt – zum Beispiel Menschen in Dachgeschosswohnungen haben, die kaum isoliert sind, dann ist das eben eine Infrastruktur, die diese Gefährdung noch mal ganz besonders verstärkt.

Oder andere Aspekte: Wir haben zum Beispiel auch Länder, die schon lange eine Siesta haben, also ganz bewusst diese Mittagstunden vermeiden. Das haben wir in Deutschland nicht. Es wäre hier auch erst mal relativ aufwendig und schwierig, so etwas einzuführen.

Dieser kulturelle Umgang mit Hitze ist in anderen Ländern ein ganz anderer.

Insofern denke ich, es gibt noch viel zu tun. Es geht gar nicht darum, dass die Temperatur hier irgendwie andere Auswirkungen hat, sondern darum, dass wir gezielt ein größeres Augenmerk auf die vulnerablen Bevölkerungsgruppen haben müssen und uns darauf vorbereiten müssen, wie wir die Infrastruktur langfristig besser anpassen an die zunehmenden Herausforderungen durch Hitze und andere Extremwetterereignisse, die da auf uns zukommen.

Dr. Christine Wilcken (Städtetag Nordrhein-Westfalen [per Video zugeschaltet]): Das Finanzierungsthema ist ein großes beim Thema „Klima“. Es laufen unterschiedliche Debatten dazu. Ich will eine Zahl nennen: Die UMK hat vor zwei Jahren eine Erhebung gemacht und ist auf 55 Milliarden an notwendigen Investitionen und 16.000 Stellen gekommen. Wir haben ja bei diesem Thema, was es kostet, immer große Summen,

aber wir haben vor allen Dingen große Summen, was es kostet, wenn wir nichts tun. Insofern steht für uns außer Frage, dass wir erheblich investieren müssen von der Erstellung eines Plans bis hin zu investiven Maßnahmen in die Infrastruktur. Da müssen wir etwas tun, und das kann nicht nur die kommunale Ebene alleine stemmen.

Klima als Pflichtaufgabe. Im Städtetag haben wir die Linie, dass wir sagen, es ist richtig, verpflichtende Konzepte zu haben, also Klimaschutzkonzepte und Klimaanpassungskonzepte. Der letzte Punkt ist sozusagen fast überholt, weil das Bundesklimaanpassungsgesetz jetzt verpflichtende Konzepte vorschreibt. Unsere – das hatte ich schon eingangs gesagt – Erwartungshaltung ist, dass der Landesgesetzgeber jetzt dieses Klimaanpassungsgesetz nachvollzieht und dann auch – das ist die konnexe Verbindung – die Erstellung von Konzepten und deren Fortschreibung – das ist ja ein dauerhafter Prozess – dauerhaft und angemessen sicherstellt. Also, Klimaanpassungskonzepte verpflichtend als Pflichtaufgabe, ja.

Mit einem Konzept hat man ja noch nicht so viel erreicht. Wir haben – das haben wir auch schon gehört – große Investitionsnotwendigkeiten in blaue und grüne Infrastruktur, insbesondere in die grüne Infrastruktur. Entsiegeln ist sehr teuer, die Frage des ganzen Prozesses, wie wir mehr Grün in die Städte und wie wir auch unsere Wasserinfrastruktur resilienter kriegen, also die ganze Frage Starkregen, wie wir die Leitungen dort fitgemacht kriegen. Dieses ist ein großes Thema. Das als Pflichtaufgabe auszugestalten, da muss man schon genau hingucken.

Wir gucken da eher auf die Debatte Gemeinschaftsaufgabe, die läuft, also Klimaanpassung als Gemeinschaftsaufgabe zu formulieren. Die Länder haben sich, glaube ich, insgesamt alle dafür ausgesprochen. Und bei dem Thema „Gemeinschaftsaufgabe“ gibt es den Vorteil eines Verbundes. Die Länder sind verantwortlich, der Bund ist verantwortlich. Alle geben Mittel für Klimaanpassungsmaßnahmen auf der kommunalen Ebene.

Gemeinschaftsaufgaben können Pferdefüße haben. Da möchten wir gerne einen Budgetansatz – den sehen wir als richtigen Weg an –, also nicht kleinteilige Förderprogramme, im Rahmen einer Gemeinschaftsaufgabe etablieren, sondern ein Budget, das den Kommunen langfristig Mittel zur Verfügung stellt, ihre Klimaanpassungsmaßnahmen umzusetzen. Das fängt beim Personal an und hört eben bei der Infrastrukturmaßnahme auf. Wir sprechen uns dafür aus, ein Budget, das nicht an kleinteilige Nachweise, Fördersystematiken, was nicht so viele Eigenmittel von Kommunen erfordert ... Wir haben ja oft bei den Förderprogrammen, die es gibt – es gibt unzählige Förderprogramme für Klimaanpassungsmaßnahmen –, das Thema, dass wir einen kommunalen Eigenanteil erbringen müssen. Das ist insbesondere für die Kommunen in der Haushaltssicherung ein großes Thema. Dann ist es überbürokratisch und viele schrecken auch davor zurück, Förderanträge zu stellen. Manche Städte haben drei, vier Leute, die nur Förderprogramme bearbeiten. Das kann ja irgendwie auch nicht richtig sein. Deswegen brauchen wir ein schlankes System. Dieses schlanke System als Budget können wir uns eher in einer Gemeinschaftsaufgabe Klimaanpassung vorstellen als in einer Pflichtaufgabe Klimaanpassung, weil bei einer Pflichtaufgabe auch immer mitzudenken ist, was denn die Pflichtaufgabe ist. Die muss ja in der Kette vom Bund auf die Länder kommen und dann von den Ländern auf die Kommunen. Da muss man es

genau definieren können, was wir vor Ort machen müssen. Da halten wir es auch rechtlich und faktisch für ein schwieriges Unterfangen, diese Aufgabe so klar zu definieren. Also, wir gucken da eher in Richtung Gemeinschaftsaufgabe.

Die blaue und grüne Infrastruktur ist schon von mir angesprochen worden. Ich würde noch gerne einen Satz dazu sagen, damit es nicht nur um Geld geht. Es geht auch um den Rahmen. Viele Städte in Deutschland machen Freiraumsatzungen. Viele Städte in Nordrhein-Westfalen wünschen sich gute Grundlagen für Freiraumsatzungen. Freiraumsatzungen können gestalten eine Begrünung von Dächern, das Thema, wo Wohnen hinkommt, wo Grün hinkommt. Wir wünschen uns auch dort Klarheit in der Landesbauordnung, eine gute Ermächtigungsgrundlage, vor Ort eine gestaltende und steuernde Freiraumsatzung zu erlassen. Das ist noch mal ein gestaltender Teil, den wir uns wünschen.

Ich würde gerne gleich das Thema „Hitzeaktionspläne“ mit ansprechen. Klimaanpassungskonzepte werden verpflichtend. Viele Städte haben solche. Wir erleben eigentlich, dass die Städte auf einem guten Weg sind, das auf jeden Fall in Angriff nehmen wollen, schon vor der Pflicht. Und in manchen gibt es Bausteinsysteme: Was ist ein Teil eines Klimaanpassungskonzeptes? Ist da automatisch auch immer ein Hitzeaktionsplan mit dabei? Was braucht es für Aspekte? Es gibt Empfehlungen der Bund-Länder-Ad-hoc-Arbeitergruppe „Gesundheitliche Anpassung an die Folgen des Klimawandels“ und dann gibt es eine Arbeitshilfe aus Fulda, die macht schon einen ganz guten Rahmen, hat verschiedene Ebenen und verschiedene Maßnahmen, die man prüfen muss und die man auch darlegen muss. Also, das halten wir schon für einen guten Rahmen.

Es wäre wünschenswert, wenn wir in diese Frage, was ein gutes Klimaanpassungskonzept enthalten muss, auch den Hitzeaktionsplan mit einbeziehen, auch Starkregengefahrenkarten mit einbeziehen als zwei Aspekte. Gleichzeitig sagen wir auch, dass wir auf kommunaler Ebene gerne fokussiert und auch abgeschichtet Pläne erstellen wollen. Es gibt gute Beispiele aus NRW. Zum Beispiel hat Essen die Klima-Map als Onlineplattform. Da können sich Bürgerinnen und Bürger informieren, welche Hitze-Hotspots es gibt. Das hat gleichzeitig den schönen Effekt, dass man Bürgerinnen und Bürger in diesem Prozess mitnimmt, dass sie sich beteiligen können. Bochum hat einen Aktionsplan extra für Obdachlose aufgelegt. Also, sie gucken besonders auf vulnerable Gruppen. Köln hat eine Klimaanalyse zusammen mit dem LANUV gemacht. Also, die Städte sind da unterwegs. Wir brauchen Rahmen. Das kann eben diese Arbeitshilfe sein angedickt mit dem Thema „Hitzeaktionsplan“ oder „Starkregen“, aber wir möchten gerne vor Ort auch noch Gestaltungsspielraum haben, um fokussiert auch noch einzelne Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

Das wäre sozusagen die Beantwortung beider Frage.

Prof. Dr. Markus Keck (Lehrstuhl Urbane Klimaresilienz Universität Augsburg [per Video zugeschaltet]): Die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern und den verschiedenen Akteuren ist natürlich nicht einfach. Ich denke, hier ist es wichtig, aus einer Mehr-Ebenen-Perspektive zu argumentieren. Ich möchte darauf hinweisen, dass momentan auch das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

gerade innerhalb der e7-Gruppe versucht, sich hier zu koordinieren, was die Frage urbane Klimaresilienz angeht. Das kann man jetzt weiter durchdeklinieren bis herunter zum Quartiersmanagement, wo dann wirklich der Kontakt zu der Bevölkerung hergestellt wird.

Ich denke, zwei Sachen sind wichtig. Zunächst einmal aus der eigenen Forschung – wir haben es schon gehört –, das Stichwort „Transdisziplinarität“. Ich denke, wir brauchen die ohnehin. Das ist klar. Aber vor allem muss hier weiter gelernt werden, wie Transdisziplinarität umgesetzt werden kann. Wir sehen das immer wieder. Kommunen, Städte und die Forschung arbeiten unterschiedlich. Die Bürokratie, die Denkweisen sind unterschiedlich. Deswegen muss man hier überlegen, wie man das Wissen, das ja da ist, vor Ort umsetzen kann.

Der Hinweis auf Monitoring wurde schon von Professor Fishedick gegeben. Das möchte ich noch mal ausgreifen. Im Gespräch sind zurzeit die sogenannten digitalen urbanen Zwillinge. Das heißt, eine Datenbank, ein Monitoringsystem, vielleicht sogar dann in Echtzeit mit verschiedenen Klima- und Umweltdaten, gesundheitsrelevanten Daten. Solche digitalen Zwillinge können die Diskussion am Leben halten, können immer wieder durch Simulierung, durch planerische Vorgaben die Themen setzen, die man dann mit den verschiedenen Akteuren besprechen kann, und zwar konkret, dass man nicht abstrakt über die Probleme spricht, sondern dass man konkret vor Ort zeigen kann, was bestimmte Wetter- und Klimasituationen bedeuten.

Partizipation ist hier natürlich das A und O. Auch hier ist Forschung notwendig, wie die Partizipation der Stadtbevölkerung, auch die Einbindung von Unternehmen verbessert werden kann, die eben möglichst nah an echten Fällen sind.

Prof.'in Dr. Claudia Traidl-Hoffmann (Medizinische Fakultät Universität Augsburg [per Video zugeschaltet]): Vielen Dank für die Frage. Es geht noch mal um die Klimaangst. Da ist die Aussage ganz wichtig, Klimaangst ist nicht pathologisch. Klimaangst ist etwas ganz Natürliches. Insofern muss man nicht die Klimaangst therapieren, weil es keine Erkrankung ist, sondern die Klimaangst ist am Ende ein sehr realistischer Respekt vor dem, was auf uns zukommt. Das ist ja nicht nur das Klima, sondern auch der Verlust der Biodiversität.

Ich möchte auch als Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) noch mal auf unser Gesundheitsgutachten hinweisen, das auf der Homepage anzuschauen ist. Ich habe das auch in meiner Stellungnahme zitiert. Hier geht es wirklich darum, wie wir die Klimaangst präventiv angehen können. Wir können die natürlich präventiv angehen, indem wir eben das Thema „Klimawandel“ angehen.

Ganz klar, wir müssen keine Angst vor dem Klima haben, sondern wir müssen Respekt haben vor dem, was der Klimawandel mit unserer Gesundheit macht. Das ist ja genau das, was diese Kommission und heute auch die Anhörung klar herausgestellt haben. Der Klimawandel beeinträchtigt unsere Gesundheit von Kopf bis Fuß. Das müssen wir adressieren. Hier muss Deutschland aktiv werden.

Dass wir als Deutschland einen so kleinen Anteil an dem ganzen Klimawandel hätten, ist natürlich ein Argument, das hier ganz und gar nicht hilft. Wenn wir pro Kopf schauen, da sind wir noch wichtiger als Indien am Ende des Tages. Das bedeutet, wir haben hier eine Möglichkeit, wenn wir in Deutschland aktiv werden, ein ganz wichtiges Rädchen zu sein in diesem großen System. Aber insbesondere sollte Deutschland wirklich in diplomatischen Verbindungen aktiv werden. Wir sollten in G7 aktiv sein, wir sollten auf EU-Ebene aktiv sein, um das Thema „Klimawandel“ nach vorne zu bringen und Maßnahmen zu ergreifen, dass der Klimawandel abgemildert wird. Denn das ist das, was wir brauchen, um Resilienz zu schaffen.

Wir müssen aber auch ganz klar sagen, wenn wir den Klimawandel nicht weiter abmildern, dann werden wir als Menschen irgendwann keine Anpassung mehr schaffen können.

Das alles subsummiert im Prinzip dieses große Thema „Klimaangst“. Das ist ein großer Respekt, den die Menschen diesem Thema zubringen und adressieren. Es ist nicht pathologisch, es kann nicht therapiert werden, es kann nur präventiv angegangen werden, indem wir das Thema „Klimawandel“ angehen.

Als letzten Punkt ganz kurz noch – das haben wir heute noch gar nicht angesprochen –: Als Gesundheitssektor müssen wir eben auch adressieren, dass wir einen ganz großen Anteil an dem Klimawandel haben. Wir sind große CO₂-Produzenten, Abfallproduzenten. Das heißt, der Gesundheitssektor selbst muss hier aktiv werden.

Also zusammenfassend: Klimaangst ist nichts pathologisches, wir müssen das präventiv angehen.

Vorsitzender Dr. Hartmut Beucker: Vielen Dank. – Dann kommen wir zur vierten Runde. Herr Berger.

Christian Berger (CDU): Unsere nächste Frage geht noch mal an Professor Dr. Markus Keck. Wie können Gesundheitsaspekte stärker in die städtische Klimaresilienzplanung integriert werden? Wir haben ja gerade schon etwas über die Städteplanung gehört, aber vielleicht können Sie uns in der Kürze der Zeit ein bis zwei konkrete Beispiele nennen, die Ihnen besonders wichtig sind.

Prof. Dr. Harald Karutz (Sachverständiger EK II): Ich möchte eine Frage an Herrn Professor Keck stellen. Sie haben vorhin vom Ahrtal berichtet, dass Sie sich selber dort ein Bild von den erheblichen psychischen Auswirkungen der Flutkatastrophe verschaffen konnten. Mich würde in dem Zusammenhang interessieren, ob Sie sich auch ein Bild von den dortigen psychosozialen Versorgungsstrukturen, die im Nachgang der Flut entstanden sind, machen konnten, wie Sie die bewerten und was aus den dort gesammelten Erfahrungen möglicherweise für ein psychosoziales Krisenmanagement generell auf Landesebene abgeleitet werden müsste.

Ein bisschen daran anknüpfend würde ich gerne nachfragen wollen: Sie haben in der Stellungnahme zur Frage 11 darauf hingewiesen, dass das Katastrophen- und Krisenmanagement verbessert werden kann, indem vor allem eben ein Fokus auf den gesellschaftlichen Zusammenhang gelegt wird, und dass vor allem soziale Netzwerke

beworben und unterstützt werden sollen. Da würde mich interessieren, ob Sie das konkretisieren können, ob Sie auch da möglicherweise Best-Practice-Konzepte nennen können mit ganz konkreten Hinweisen, was auf Landesebene und auf kommunaler Ebene im Rahmen von Krisenmanagementprozessen getan werden kann, um solche sozialen Netzwerke, wie Sie das sagen, zu bewerben und zu unterstützen.

Prof.'in Dr. Gesine Hofinger (Sachverständige EK II): Meine Frage geht an Frau Wilcken. Es geht um die Schnittstellenthematik „Rettungsdienst“. Sie gehen darauf ein wenig in Ihrer Stellungnahme ein. Rettungsdienst ist natürlich genau an der Schnittstelle Krisen- und Notfallmanagement und Gesundheitssystem. Der Rettungsdienst ist selber belastet durch den Klimawandel, durch Extremwetterereignisse, durch Hitzeereignisse, sowohl die Mitarbeitenden als auch die Patienten und Patientinnen, weil es mehr Erkrankungen gibt, mehr Transporte, wenn wir bei Extremwetterereignissen Hilfskrankenhäuser hätten, zum Beispiel mehr Verlegungen. Da wäre meine Frage: Können Sie noch ein wenig vertiefen, was für den Rettungsdienst getan werden muss, auch wenn er für den jetzigen Alltag vielleicht ganz gut aufgestellt ist? Welche Herausforderungen sehen Sie da, welche Möglichkeiten, den Rettungsdienst zu stärken, welche Anforderungen auch an die Politik?

Angela Freimuth (FDP): Meine Fragen, die auf meinem Zettel stehen, sind alle schon von den Kolleginnen und Kollegen aufgegriffen worden.

Dr. Hartmut Beucker (AfD): In dieser Runde möchte ich nach der Methode verfahren: Ein Wuppertaler fragt das Wuppertal Institut. Meine Frage bezieht sich auf Ihre Antwort zu Frage 11. In Ihrem Text sprechen Sie über Reallabore, was ich ja im Stadtrat als Wort häufiger von Ihrem Vorgänger höre, und partizipative Prozesse. Können Sie genauer erläutern, wie diese Ansätze zur Verbesserung des Katastrophenschutzes beitragen könnten?

Vorsitzender Dr. Hartmut Beucker: Wir fangen mit Herrn Professor Keck an.

Prof. Dr. Markus Keck (Universität Augsburg, Lehrstuhl Urbane Klimaresilienz [per Video zugeschaltet]): Zunächst zum Ahrtal. Es gibt verschiedene Beratungsstellen im Ahrtal, beispielsweise in Ahrweiler, und auch ein Traumazentrum, das sich um diese psychosozialen Belastungen kümmert. Ich denke, die machen auch alle sehr gute Arbeit. Was man wissen muss, ist, dass diejenigen, die hier Schaden genommen haben oder die auch schon vorbelastet gewesen sind durch eine mentale Einschränkung oder Ängste, Phobien, zum Teil schwer adressierbar sind. Wir haben das selber erfahren. Viele Menschen möchten nicht über diese Ereignisse sprechen und isolieren sich selbst. Von daher ist das eine Herausforderung, worüber man nachdenken muss, was man tun kann. Wir, also Studierende und ich, kamen eben in dem Zusammenhang auf die Idee, Räume zu kreieren, Cafés, kleine Austauschräumlichkeiten – alles kann, nichts muss –, um eben hier eine Möglichkeit des Austausches zu schaffen und vielleicht

dann auch so diese Personen mit einzubeziehen und zu zeigen, man kann zusammenstehen und zumindest über die Schwierigkeiten sprechen.

Wir reden hier tatsächlich über Herausforderungen, Ängste, auch Panikattacken, wenn es beispielsweise anfängt zu regnen. Zum Teil stand das Wasser bis in den zweiten Stock. Das sind Bilder, die man nicht einfach so vergisst. Oder man hat Menschen sterben hören etc. Das ist sicher eine wichtige Fasset, die man hier lernen kann.

Zu den Gesundheitsaspekten in der städtischen Klimaanpassung: Die Zusammenhänge sind klar. Wir haben die Hitzewellen, wir haben die städtischen Wärmeinseln, die sozusagen die Städte besonders exponieren und dann eben zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen führen bzw. die verstärken. Hinzukommen dann noch durch etwa aufgestaute blockierende Wetterlagen eine Erhöhung der Schadstoffbelastung, erhöhte Ozonwerte etc. Diese Werte lassen sich eben kombinieren in Klimaanpassungskonzepten mit Monitoringprogrammen, in denen man sowohl Umweltdaten als auch gesundheitsbezogene Daten kleinteilig erhebt und dann eben gezielt experimentiert, Stichwort „Reallabor“, aber auch erst mal Digitallabor, wie man vor Ort mit Grünflächenausbau etc. vorgehen kann.

Einen Hinweis möchte ich noch ganz kurz geben, weil das auch noch nicht angesprochen worden ist. Wir sprechen hier in erster Linie über Städte. Wir sehen jetzt gerade in Bayern, in Schwaben, vor allem aber auch in Baden-Württemberg, dass auch viele kleine Gemeinden ins Zentrum rücken, wenn es um Klimaresilienzfragen geht. Deswegen würde ich dafür plädieren, nicht nur immer auf die Städte zu gucken, weil es so einfach ist wegen des städtischen Hitzeinseleffekts, sondern wirklich die Städte auch als Netzwerke, als Stadtsysteme zu denken. Wir pendeln alle in den ländlichen Raum und zum Arbeiten wieder zurück in die Stadt. Genauso sind Stadtsysteme eingebunden in die Wassersysteme. Hier muss Klimaresilienz letzten Endes vor den Toren der Stadt, weit vor den Toren der Stadt beginnen. Deswegen sind – das ist ganz wichtig – die Landkreise und kleinen Gemeinden in die Überlegungen für urbane Klimaresilienz einzubeziehen.

Dr. Christine Wilcken (Städtetag Nordrhein-Westfalen [per Video zugeschaltet]): Vielen Dank für die Frage. Wir sehen schon, dass der Rettungsdienst unter Druck ist, auch in normalen Zeiten. Wir sehen schon Strukturdefizite. Also, die 112 ist sozusagen das erste, wonach der Bürger und die Bürgerin greift. Die Frage der ambulanten Säule im Notfallsystem ist eine, die im Moment ihrer Rolle und auch ihrer Verantwortung aus unserer Sicht nicht gerecht wird. Also begrüßen wir ausdrücklich, dass etwas passiert, also Reform der Notfallversorgung, auch Reform des Rettungsgesetzes NRW. Wir sprechen uns dafür aus, die ambulante Säule viel mehr zu stärken, damit auch in der Notfallversorgung im Rettungsdienst die Strukturen entlastet werden. Das heißt also eine viel bessere Verzahnung von 116, der ambulanten Notfallnummer, mit der 112, ein besseres Datenmanagement. Das alles läuft ja im Moment in der Reform auf Bundesebene. Und wir brauchen auch feste ambulante Strukturen. Hausarztstrukturen sind wenig vorhanden, in den großen Städten eher nicht so, aber in der Fläche insgesamt. Wir möchten auch gerne, dass es mehr Verbindlichkeit im ambulanten System gibt, also dass, wenn man bei der 116 anruft, wirklich einer herangeht und auch mein

Anliegen dort bearbeitet. Wir erleben eben, dass sich die Systeme die Notfälle, wenn es denn ein Notfall ist, gegenseitig zuschieben. Das belastet das System erheblich.

In der Krise sind die Strukturen natürlich noch mehr unter Druck. Wir haben zwar eine flächendeckend gute Versorgung, aber wir sehen auch, dass es nicht überall eine gute Versorgung gibt, gerade auch im Krankenhausbereich und gerade auch im ländlichen Raum. Ob bei einer größeren Krisenlage die Krankenhäuser dann wirklich in Spitzenzeiten große Versorgungsfälle abfangen können, das bezweifeln wir.

Wir sprechen uns dafür aus, das System des Rettungswesens insgesamt zu stärken. Das ist ganz vielschichtig. Das fängt jetzt damit an, die Menschen im Rettungswesen zu unterstützen und vor Gewalt zu schützen, also wirklich aktiver Schutz, mehr Anerkennung für die Leistung im Rettungswesen. Wir merken, dass eine Veränderung in der Gesellschaft passiert. Gewalt gegen Rettungskräfte ist ein Thema. Dem müssen wir uns stellen. Stichwort ist zum Beispiel Schwerpunktstaatsanwaltschaften. Dafür sprechen wir uns aus. Stichwort ist mehr Unterstützung für die, die Gewalt erfahren haben, auch im Nachhinein. Stichwort ist bessere Ausbildung. Das Ausbildungssystem im Rettungsdienst ist reformbedürftig. Wir brauchen keinen Frontalunterricht, sondern wir brauchen modulare Systeme, auch familienfreundlichere Systeme, mehr Übungen modular aufgebaut und flexibler. Das sind so Punkte, wo wir sagen, da kann man das Rettungswesen strukturell noch unterstützen.

Einen Aspekt möchte ich auch nennen, Telemedizin. Nordrhein-Westfalen ist schon ganz gut aufgestellt im Bereich Telemedizin, aber wenn wir darüber reden, ob man ein System in der Krise vorne entlasten kann, gerade im Katastrophenfall, dann kann auch Telemedizin eine Rolle spielen, natürlich nicht für die Ad-hoc-Krisenlage, aber um das System insgesamt resilienter aufzustellen und auch Dinge, die kein Notfall sind, in den Telemedizinraum zu verschieben.

Ich möchte gerne, wenn ich darf, noch einen Satz sagen zum Thema „Register“, das angesprochen worden ist. Es wurde gefragt, ob wir so etwas wie eine Liste oder ein Register auf kommunaler Ebene für Evakuierungen etc. brauchen. Da würde ich zur Vorsicht raten. Es heißt dann, ich registriere mich und muss dann selbst nichts mehr tun. Das ist auch ein Punkt, den man berücksichtigen muss. Und wir weisen ja schon mit Starkregengefahrenkarten, die öffentlich sind, oder eben auch mit Klimaanpassungskonzepten, die öffentlich sind, auf Gebiete hin, wo eine besondere Betroffenheit ist. Also, das würden wir zurückhaltend sehen, Register oder Ähnliches da aufzustellen.

Prof. Dr. Manfred Fishedick (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie): Vielen Dank für die Frage zu den Reallaboren. Es klang heute schon an ein paar Stellen an, dass die Auswirkungen des Klimawandels natürlich regional sehr, sehr unterschiedlich sein können. Zwischen den Städten, Stadtregionen – Herr Keck hat es gerade noch mal erwähnt – sind Riesenunterschiede, aber auch zwischen einzelnen Stadtquartieren kann es Riesenunterschiede geben, was die regionalen Auswirkungen des Klimawandels sind. Es gibt Regionen mit einer sehr hohen Siedlungsdichte. Da spielen Hitzeinseln eine große Rolle. Wir wissen heute, dass zum Teil – ich weiß das aus Köln relativ genau – zwischen dem südlichen Köln und dem Innenstadtbereich Temperaturunterschiede von 4 °C, 5 °C, in Hitzeperioden 6 °C herrschen können. Das

führt natürlich zu einer viel, viel stärkeren Hitzebelastung in den Innenstadtquartieren als im Außenbezirk, weil es eben weniger grüne Infrastrukturen, weniger blaue Infrastrukturen gibt, ein schlechteres Mikroklima, was dann auf die Vermeidung von Hitze-staus und anderem einwirkt. Insofern ist es unbedingt wichtig, dass man sich sehr regionalspezifisch die Auswirkungen des Klimawandels ansieht.

Das heißt natürlich, man muss Lösungsansätze sich regionalspezifisch ansehen bzw. eben auf Quartiersebene erarbeiten. Da setzen die Reallabore an, dass eben genau diese Lösungsansätze gemeinschaftlich mit den Bewohnern, Bewohnerinnen dieser Quartiere entwickelt werden. Das ist das von Frau Woopen schon angesprochene Co-Creation oder die Co-Production von Knowledge, also mit den Bewohnern, Bewohne-rinnen die Lösungsansätze für die Vermeidung von starken Auswirkungen von Hitze-perioden beispielsweise oder anderen Meterextremen zu erarbeiten und damit – das ist der große Vorteil natürlich – auch eine größere Wahrscheinlichkeit zu haben, dass die Maßnahmen, die man erarbeitet, die Lösungsansätze, die man erarbeitet, in die Umsetzung kommen, auch aufgenommen werden von den Menschen, wenn sie Teil des Entwicklungsprozesses gewesen sind.

Das greift natürlich den Umgang mit Hitze auf, aber auch den Schutz vor Starkregen-ereignissen, vor Überflutungen, das greift natürlich präventives Verhalten auf oder auch das kurzfristige Verhalten, wenn denn die Hitzeperiode da ist. Das geht aber auch so weit, dass man auch in den Quartieren durchaus ein Stück weit besser verstehen kann, was man denn eigentlich im Katastrophenfall macht, wie man das denn auch üben kann, was die Maßnahmen, die Rädchen sind, die ineinandergreifen müssen. Auch das ist von Quartier zu Quartier durchaus sehr unterschiedlich, wie auch die Ret-tungsdienste miteinander interagieren können. Insofern tut man gut daran, das nicht nur auf einer übergeordneten Ebene zu entwickeln, sondern durchaus auch mal in die Quartiere hineinzugehen, mit den Menschen vor Ort Lösungsansätze zu entwickeln. Das ist die Idee der Reallabore. Davon gibt es gerade im Klimawandelbereich noch zu wenig.

Vorsitzender Dr. Hartmut Beucker: Dann kommen wir zur nächsten Fragerunde. Ich schaue Herrn Berger an. – Der hat keine Frage. Die SPD? – Herr Professor Karutz.

Prof. Dr. Harald Karutz (Sachverständiger EK II): Ich habe noch mal eine Frage an Frau Baltruks. Sie haben in Ihrer Stellungnahme auf Seite 15 auf klimaresiliente Kitas und Schulen verwiesen. Mich würde interessieren, etwas ausführlicher beschrieben zu bekommen, wie klimaresiliente Kitas und Schulen aussehen müssten.

Auch da eine zweite Frage, die damit zusammenhängt. Auf Seite 12 haben Sie sehr ausführlich dargestellt, wer sozusagen in welcher Weise aktiv werden kann, um die Bevölkerung zu informieren und aufzuklären. Sie verweisen auf Ärzte, Ärztinnen, Apo-thekerinnen, Apotheker, Pflegende. Ich habe da insgeheim gedacht, auch da müssten doch eigentlich die Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher angeführt werden. Mich würde Ihre Einschätzung interessieren, welche Rolle sozusagen den Lehrkräften und Erzieherinnen und Erziehern in diesem Bereich aus Ihrer Sicht zukommt.

Jule Wenzel (GRÜNE): Meine nächste Frage geht an Frau Professor Woopen. Ich habe mir Ihre Stellungnahme zu Gemüte geführt und finde ... Erst mal vielen Dank, dass Sie in dieser Anhörung den Blick auf die Artenkrise erweitert haben. Das ist ja, wenn man auch an die vorherigen Anhörungen denkt, mit der Wahrscheinlichkeit von Zoonosen ganz eng miteinander verschränkt, Pandemien und Klimakrise, Klimawandel. Mir ist in Ihrer Stellungnahme vor allen Dingen das Themenfeld der emotionalen Zugänglichkeit von Kommunikation sehr ins Auge gesprungen. Sie haben da einmal auf die Zielgruppen abgestellt und auf der anderen Seite auf die Art zu kommunizieren. Jetzt ist es natürlich im Risikoeinschätzungsvermögen der Bevölkerung schwierig, diese Informationen herunterzubrechen, und zwar auf eine Art und Weise, dass sie emotional zugänglich sind und damit auch zu einem individuellen oder kollektiven Handeln führen. Haben Sie dafür Best-Practice-Beispiele, wie so etwas gelingen kann? Sie haben ja auch das Konzept eines Rates vorangestellt, aber auch um in die Breite der Bevölkerung auszustrahlen, braucht es ja eine Vielzahl von Konzepten, nehme ich mal an.

Vorsitzender Dr. Hartmut Beucker: Frau Freimuth? – Es hat sich zwischenzeitlich keine weitere Frage ergeben. Ich wollte nur noch mal nachfragen.

Dr. Hartmut Beucker (AfD) Meine Frage richte ich noch mal an das Wuppertal Institut. Herr Professor Fishedick, wie können wissenschaftliche Erkenntnisse aus der Katastrophenforschung möglichst gut und schnell in die Praxis des Katastrophenschutzes integriert werden, um die Resilienz der Bevölkerung zu erhöhen?

Vorsitzender Dr. Hartmut Beucker: Wir beginnen mit Frau Baltruks.

Dorothea Baltruks (Centre for Planetary Health Policy): Vielen Dank für die Fragen zum Bildungsbereich. Ich muss vorweg sagen: Ich habe mich in der Stellungnahme darauf nicht so fokussiert, sondern eher aufs Gesundheitssystem zum einen, weil das unser Schwerpunkt in unserer Arbeit ist, aber auch in der Anhörung heute. Aber natürlich ist es so, dass die Kitas und Schulen da eine ganz wichtige Rolle spielen. Insbesondere Kleinkinder gehören mit zu den vulnerablen Gruppen, auch bei Hitze, weil die eigene Thermoregulation noch schwieriger ist und natürlich kleine Kinder auch keine eigenen Maßnahmen ergreifen können, das Verhalten nicht so anpassen können. Insofern sind das natürlich ganz wichtige Aspekte.

Wie sehen klimaresiliente Kitas und Schulen aus? Zum einen gibt es da natürlich auch wieder die Infrastruktur. Also, wie kann man die Gebäude selbst besser isolieren, zum Beispiel Verschattungsmaßnahmen einrichten, zum Beispiel dass die Spielplätze draußen in der Kita oder auf dem Schulhof verschattet sind, dass die Gebäude selber sich nicht so aufheizen? Das ist im Prinzip das gleiche Thema, das wir vorhin bei den Krankenhäusern und den Pflegeeinrichtungen haben. Das betrifft natürlich auch die Struktur der Schulen und Kitas. Ich glaube, da wissen wir alle, dass es da einiges an Nachholbedarf gibt, was die Modernisierung der Gebäude angeht.

Da ist natürlich dann ein bisschen zu unterscheiden zwischen Hitze und anderen Katastrophen. Bei Hitze ist auch wieder das Thema, wir können uns darauf vorbereiten und wissen auch, dass wir damit zu einem gewissen Teil umgehen müssen. Also, es wird nicht möglich sein, die Schule und die Kita immer ausfallen zu lassen, wenn eine Hitzeperiode ist, sondern da muss klar sein, dass die Kinder sicher in den Einrichtungen ihren Alltag verbringen können.

Gleichzeitig ist zum Beispiel bei den Katastrophenereignissen der Umgang danach ganz wichtig. Wir haben einige Untersuchungen – da finden Sie einige Quellen in der Stellungnahme – dazu, wie insbesondere die psychische Gesundheit von Kindern nach Extremwetterereignissen leidet, weil Kinder doch deutlich sensibler sind. Insofern ist natürlich auch die Nachbetreuung da ganz wichtig. Das findet natürlich im Gesundheitssystem statt, aber eben auch in den Schulen, also dass man da, wo punktuell zum Beispiel Überschwemmungen, Sturmereignisse passiert sind, danach einen Raum schafft, mit den Kindern darüber zu sprechen und das natürlich auch kindgerecht zu machen.

Die Rolle von Lehrkräften und Erzieher*innen im Bereich der Aufklärung ist ganz wichtig. Das sind natürlich auch die Expert*innen, um das kindgerecht zu machen, weil die natürlich besonders darin geschult sind, mit Kindern damit umzugehen, darauf zu achten, genug zu trinken, oder das Spielen draußen auf bestimmte Zeiten zu verlagern.

Ich möchte aber auch hier sagen, dass auch hier diese Krisensituationen auf ein sehr angespanntes System insgesamt treffen. Wir kennen alle die Personalengpässe in den Kitas und in den Schulen, auch die Überlastung von Erzieher*innen und Lehrkräften. Insofern muss man sicherlich da auch überlegen, wie man das Personal da stärken kann, wie man insgesamt mit der Personalpolitik diese zunehmenden Krisen berücksichtigen kann, zum Beispiel in Personalschlüsseln. Da ist natürlich dann auch die Einbeziehung der Eltern in diese ganzen Maßnahmen wichtig.

Weil Frau Professorin Claudia Traidl-Hoffmann das vorhin angesprochen hat, das Thema der Klimaangst ist bei Kindern und Jugendlichen natürlich ein großes. Das ist jetzt nicht so sehr auf die Extremwetterereignisse als solches gemünzt, sondern insgesamt kriegen Kinder natürlich mit und wissen, dass der Klimawandel sie ganz besonders bedrohen wird und dass auch ganz viel Unsicherheit ist: Wie sieht meine Zukunft eigentlich aus? Wie muss ich mir vorstellen, dass Sommer in 20 Jahren aussehen? Insbesondere bei den Jugendlichen gibt es sehr viele Untersuchungen dazu, wie weit verbreitet das ist und welche große Auswirkungen das hat. Auch da sind Schulen gute Räume, um das ein Stück weit emotional aufzufangen, eben zu sagen, das ist nicht pathologisch, wie Frau Professorin Traidl-Hoffmann gesagt hat, sondern es ist erst mal völlig nachvollziehbar und auch rational, da Ängste zu haben. Man muss eben lernen, damit umzugehen.

Wichtig finde ich bei dieser Diskussion immer, zu betonen, es passieren Dinge und die Politik nimmt sich zum Teil diesen Dingen an. Es wird immer mehr ernst genommen. Ich finde es schwierig, wenn dieser Diskurs immer so läuft, dass es heißt, es passiert nichts, man tut nichts, keine Vorbereitung. Das hilft uns in diesem Bereich sicherlich nicht weiter, sondern den Jugendlichen und den Kindern muss vermittelt werden, es gibt viele Erwachsene, die dieses Thema sehr ernst nehmen und sich darum kümmern,

dass sie auch in Zukunft ihr Leben leben können trotz dieser zunehmenden Extremwetterereignisse.

Prof.'in Dr. Christiane Woopen (Universität Bonn): Vielen Dank für die Frage. Das Problem liegt tatsächlich in der langfristigen Vorbereitung. Klar, die Notfallmanagementdinge, die Krisenreaktionen, wenn es eine akute Krise ist, alles gut, aber worauf wir uns doch mental und auch gesellschaftlich einstellen müssen, sind langfristige Prozesse, und die brauchen strukturelle Anpassungen und Vorbereitungen, die lange dauern. Das geht von der Wohnraumgestaltung über die Gestaltung der Arbeitsplätze, über die Gestaltung öffentlicher Räume, über Tagesrhythmen vielleicht – die Siesta wurde angesprochen –. Was auch immer, es ist eine Riesenanzahl an einzelnen Aspekten. Die werden sich nicht von heute auf morgen und die werden sich auch nicht von heute auf nächstes Jahr ändern, sondern da muss man sich einfach mal auf den Weg machen. Auf diesem Weg kann man noch nicht in allen Einzelfällen, abgesehen von den ganz unverzichtbaren operationalisierenden Überlegungen hier und Zuständigkeiten, alles definitiv festlegen.

Das kann auch in unterschiedlichen Quartieren und unterschiedlichen Städten, Orten und Landschaften unterschiedlich aussehen. Die Riesenherausforderung ist, dass es lokale Probleme, globale Reichweite sind. Diese Ebenen – das wurde auch schon von Anfang an mehrfach angesprochen – sind vielleicht noch nicht effizient genug miteinander vernetzt. Das heißt, wir brauchen letztlich die partizipativen Prozesse vor Ort, wo Bürgerinnen und Bürger darin einbezogen werden, wie wir unsere Straße gestalten möchten, wo – in Berlin zum Beispiel gibt es schon Best-Practice-Beispiele – es an die Straßengestaltung geht und Autos von der Straße verschwinden und Grünflächen entstehen. Aber das geht nur mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammen, sonst gehen die nämlich in den Widerstand, weil sie ihre Autos dann nicht mehr parken können oder so. Das heißt, man muss gemeinsam von Anfang an diese Reallabore oder welche Plaketten auch immer gemeinsam gestalten und sie ernst nehmen, das auf Augenhöhe betrachten. Das kostet vielleicht manchmal mehr Zeit, ist aber ganz gewiss zeitsparender in der Durchführung und im Ergebnis, weil es dann eben auch nachhaltig implementiert und gelebt wird, beispielsweise auch ein Umdenken von Fußabdruck zu Handabdruck, was durch das indische Mädchen aufgebracht wurde und wo man nicht individuelle Schuldzuschreibungen und Schuldgeschichten schreibt, sondern wo man sagt, wir können gemeinsam etwas tun, also anpacken. Ich habe das ja auch zitiert, wo man das nachlesen kann. Denn das ermächtigt auch und kann auch Angst entgegenwirken. In dem Moment, wo ich etwas tun kann, wo ich überhaupt erst mal wahrgenommen und ernst genommen werde, fange ich an, ganz andere kreative Kräfte freizusetzen.

Wir haben im Haus für junges Denken am Center for Life Ethics Projekte mit Schulen, mit Klassen und Kursen, wo wir zu einzelnen Themen ethische Workshops machen. Das sind alles aktive Workshops, also nicht – das findet natürlich auch statt – reine Wissensvermittlung. Was wir da für Erfahrungen machen, ist, dass viel kreativere Prozesse da sind und dass das Wissen tatsächlich bei den Schülerinnen und Schülern ganz anders ankommt. Wenn wir in der Schlussrunde fragen, was man mitnimmt, dann kommen unglaublich interessante Anregungen und, so etwas wie: Ich nehme heute

etwas mit für den Rucksack meines Lebens. – Das ist einfach so ein Bild. Das sind ja Mediatoren. Die bringen diese Gespräche, diese Überlegungen, diese Diskurse in ihre Familien, in ihre Schülerkreise, vielleicht auch auf sozialen Medien oder so etwas.

Das heißt, es gibt Workshop-Formate, die vielleicht etwas anders aussehen, als wir sie üblicherweise gewohnt sind, wo man aber in Zusammenarbeit zwischen Universität und Schule beispielsweise oder anderen Bildungseinrichtungen plötzlich Räume des Denkens und Gestaltens eröffnet, die wir vorher so nicht hatten. Diese Schnittstellen muss man aber erst einmal eröffnen und dann individuell gestalten.

Ein Thema, das wir auch noch nicht angesprochen haben und das langfristiger Vorbereitung bedarf, ist die Migrationsproblematik. Diese wird ja zunehmen durch Klimaveränderungen in anderen Orten dieser Welt. Das Problem dieses Themas von Migration, wie wir mit Flüchtlingen umgehen, wie wir sie hier einbinden, wie wir sie in die Gesellschaft als gleichberechtigte Mitglieder dieser Gesellschaft hineinholen, das wird ein noch größeres Thema. Es ist ja jetzt schon ein Riesenkonflikt und Polarisierungsthema.

Das heißt, das Thema in dieser Breite aufzugreifen und es angstfrei zu diskutieren, nicht irgendwo wegdrücken zu wollen, unter den Tisch kehren zu wollen, sondern es wirklich auf Augenhöhe zu diskutieren, scheint mir ausgesprochen wichtig zu sein.

Die Bildung spielt für mich von der Kita bis zur Schule eine ganz wesentliche Rolle. Was Sie ansprachen bei der Gesundheitskompetenz und ich in der Stellungnahme auch ausgeführt habe, ist, dass die nicht nur darin besteht, eine bestimmte Information zu verstehen oder, was ausgesprochen wichtig ist, eine Notfallnummer zur Hand zu haben oder über ein soziales Netzwerk vor Ort zu verfügen, wo man weiß, auch im Notfall wird man gerettet, sondern es ist wichtig, diese Information für sich zu bewerten, in sein Leben hineinzunehmen und damit zu einem Wissen zu machen über ein reines Datum oder eine Information hinaus und es dann halt auch umzusetzen.

Wenn man da jetzt noch, weil das hier auch das Thema ist, das Gesundheitssystem in den Blick nimmt, das könnte das deutlich patientenzentrierter sein, also organisiert. Die Verzweigung einzelner Patienten, zwischen den Sektoren hin- und herzugehen oder zwischen unterschiedlichen Berufen wie Ärzten, Krankengymnasten und was auch immer, also diese Versorgungen, oder was diese Erkrankung mit dem Reiseverhalten zu tun hat ... Auch diese Dinge werden zunehmend zusammenwachsen, dass man mit bestimmten chronischen Erkrankungen ein Leben führt, nicht nur im Krankenhaus oder bei seinem Arzt, sondern auch beim Arbeiten, beim Reisen, in der ganzen Freizeitgestaltung. Dieses gemeinsame vernetzte Denken scheint mir einfach von ganz großer Relevanz zu sein.

Dieser Rat – oder wie immer man den nennen würde – wäre eine Institution, die alle diese Themen insofern aufgreift, als er in einer flexiblen Zusammensetzung mit Modulen und wie auch immer die lokale Ebene mit der globalen Ebene im Blick hat, also sowohl dieses Cross-sektionale in den Blick nimmt, was Wohnen, Reisen, Ernährung usw. angeht, wie es zusammenwirkt, aber eben auch die Vernetzung in der vertikalen Ebene, von der lokalen zur globalen Ebene und eben die Akteurseinbindung organisiert und auch die Kommunikation in die unterschiedlichen Politikbereiche mit hineinnimmt.

Diese hochkomplexe Vernetzungsaufgabe, an denen sich ja schon viele beteiligen und wo sich viele, viele bemühen, wo man aber trotzdem den Eindruck hat, dass manchmal der eine nicht weiß, was der andere macht, dass man vor Ort was Fantastisches entwickelt, aber davon erfährt irgendwie keiner, das zu systematisieren und auch institutionell zu verankern, ohne einen neuen Wasserkopf zu produzieren, scheint mir ausgesprochen hilfreich und unterstützend zu sein. Diese unfassbar komplexe Problematik des Klimawandels und der Gesundheit scheint mir dafür ein paradigmatisches Beispiel zu sein.

Man nennt das auch Wicked Problems, also diese ganz verzwickten Probleme, die deswegen verzwickte sind, weil man die Daten gar nicht hat, um sie wirklich gut einschätzen zu können, und manchmal noch nicht mal weiß, welche Daten man überhaupt braucht, und zum Zweiten ganz unterschiedliche Wertvorstellungen bei denen eingehen, die dieses Problem anzugehen haben und man ja auch da Brücken bauen muss zwischen Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen und unterschiedlicher ethischer Hintergründe und dann auch der Komplexität der ganzen Sachlage, weil das, was wir sonst in Politikbereiche oder gesellschaftliche Bereiche in so Silos stecken und dann da jeder innerhalb seiner Selbstreferenzialität darüber nachdenkt, miteinander verbinden müssen ... So ein Wicked Problem haben wir hier vor Augen. Dazu, denke ich, braucht es die angemessene Haltung, Strukturen und Prozesse.

Prof. Dr. Manfred Fishedick (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie):

Wenn Sie gestatten noch einen Satz zu den Wicked Problems. Ich glaube, im Klimaanpassungsbereich haben wir vor allen Dingen das Problem, dass wir auch die Indikatoren noch gar nicht haben, sie entwickeln müssen, was denn eigentlich eine klimangepasste Region, Stadt ist. Also, auch da ist noch vieles zu tun. Das hängt aber auch mit Ihrer Frage zusammen, wie wissenschaftliche Erkenntnisse aus Katastrophensituationen möglichst schnell an die Bevölkerung gelangen. So habe ich Sie zumindest verstanden.

Der erste Schritt ist natürlich, zunächst einmal überhaupt die Erkenntnisse zu gewinnen über das, was da passiert. Damit muss man mal anfangen, also eine systematische Erhebung, wenn man so will, eine systematische Auswertung der Auswirkungen von solchen Katastrophenereignissen. Wo das, glaube ich, ganz gut gelungen ist, das ist – nicht sehr weit von Düsseldorf entfernt – im Ahrtal. Da wissen wir, dass es zu volkswirtschaftlichen Schäden in der Größenordnung von 40 Milliarden Euro gekommen ist, dieses eine singuläre Wetterereignis mit Starkregen über zwei Tage im Wesentlichen. Da wissen wir zumindest relativ gut, was wir für volkswirtschaftliche Schäden haben. Da wissen wir noch nicht gut genug, was es mit den Menschen eigentlich gemacht hat, die dort bisher gewohnt haben und in der Zukunft da wieder wohnen. Also, die psychische Seite ist bei Weitem noch nicht aufgearbeitet. Das klang ja gerade schon an.

Das Zweite, was da ganz wichtig ist, ist, Erkenntnisse darüber zu gewinnen, warum es denn überhaupt zu so einem großen Schaden gekommen ist. Im Ahrtal und an anderen Stellen hat man versucht, zu lernen. Natürlich hatten wir ein Wetterextrem, mit dem man so in dieser Form bisher in der Region nicht gerechnet hat. Zwei Tage mit unendlich großen Regenfällen hat es in der Region so noch nicht gegeben. Das sind Dinge,

an die wir uns gewöhnen müssen, dass also Starkregenereignisse im Bereich der Intensität und der Anzahl zunehmen. Es hat Dominoeffekte gegeben, es hat Stauungen an den Brücken gegeben, wo sich dann Bäume gestaut haben, zum Teil Autos gestaut haben, wodurch natürlich ein extremer Druck und damit noch mal eine Druckwelle entstanden ist, die die Schäden erst erzeugt hat. Und dann hat es natürlich eine ganze Reihe von Gebäuden gegeben, die einfach in risikoreichen Gebieten gestanden haben, insofern gefährdet gewesen sind. Also, besser zu verstehen, warum es zu diesen Schäden gekommen ist, ist der zweite wichtige Teil.

Der dritte Teil ist Aufklärung. Das kann man zum Teil so machen, indem man in die Region hineingeht. Man kann es zum Teil so machen, indem man eine Signalwirkung dadurch erzeugt, dass man Aufbaumaßnahmen, also Fördersysteme, die im Ahrtal und an anderen Stellen entstanden sind, koppelt an Vermeidung von Gefährdungssituationen, also ganz klare Rahmenbedingungen setzt und sagt, Aufbau an der und der Stelle ja, an anderen Stellen aber eben auch nicht. Es ist, glaube ich, ganz wichtig, auch über solche Maßnahmen Erkenntnisse zu transportieren.

Ich bleibe mal ganz kurz beim Ahrtal. Was man dort auch gelernt hat, ist, wie das Zusammenspiel von unterschiedlichen Akteuren geklappt hat oder nicht geklappt hat, die relevant sind für Katastrophenfälle, also das THW, das Deutsche Rote Kreuz, die lokalen, die regionalen Behörden. Da hat man sehr viel gelernt, was man dort verbessern muss, inklusive auch der Vorwarnsysteme, der einfachen wie der schwierigen Vorwarnsysteme. Diese Erkenntnisse müssen natürlich gebündelt und dann an die Bevölkerung transportiert werden.

Das kann man meines Erachtens über zwei Ebenen machen. Ich fange mit einer übergeordneten Sensibilisierung an. Es scheint immer noch so zu sein – zumindest merke ich das, wenn ich in meinem Job als Institutsleiter größere politische oder auch gesellschaftliche Diskussionen führe –, dass immer noch nicht überall das Bewusstsein dafür da ist, dass Klimawandel in Deutschland real ist, er längst in Deutschland angekommen ist, nicht irgendetwas, was theoretisch in den USA, in Indien immer mal wieder aufplopt, aber doch nicht bei uns in Deutschland. Ich will nur daran erinnern, wir haben jetzt das dritte Starkregenereignis in diesem Jahr in Deutschland und wir haben gerade mal Anfang Juni. Insofern ist Klimawandel, sind Wetterextreme in Deutschland angekommen. Das gehört natürlich zur Sensibilisierung dazu.

Zweiter Punkt, der zur übergeordneten Sensibilisierung meines Erachtens dazu gehört, ist, in solchen Diskussionen den Referenzpunkt richtig zu setzen. Ich stelle immer wieder fest, dass der Referenzpunkt als Status quo gesetzt wird. Das ist aber natürlich nicht der richtige Referenzpunkt. Das, was sich in der Zukunft entwickelt, ist nicht der Status quo, sondern das ist eine Situation, wo wir mehr Wetterextreme haben werden, wo wir mehr Schäden haben werden, wo wir mehr in Klimaanpassung investieren müssen. Insofern muss man vor dem Hintergrund dann auch die Investitionen sehen, die man jetzt eben präventiv in Klimaschutz und Klimaanpassung auslösen muss.

Der letzte Punkt – der klang eben schon an – ist, wir haben es mit einem Mehrebenensystem zu tun. Wir haben eine ganze Reihe von Erkenntnissen auf der Bundesebene, wir haben zunehmende Erkenntnisse auf der Landesebene, aber sie müssen natürlich vor allen Dingen in den Kommunen ankommen. Da braucht es eben die

Menschen, die sie aufnehmen können, die sie verarbeiten können. Es ist schön, wenn man in Kommunen Klimaschutzmanager hat, aber Klimaanpassungsmanager, -managerinnen gibt es eben nicht in allen Kommunen. Es gibt nicht die vernetzten Strukturen, also quer zu den Ressorts in den Kommunen, wo solche – in vielen Kommunen zumindest – Erkenntnisse dann auch aufgegriffen werden können und damit eine Art von Ertüchtigung stattfinden kann, wie man im Katastrophenfall vor Ort mit den regional-spezifischen potenziellen Auswirkungen umgehen muss. Also, wir sind wieder bei den Kommunen, die gestärkt werden müssen, um die richtigen Lösungsbausteine dann auch ziehen zu können, wenn es zu einer Katastrophensituation kommt.

Vorsitzender Dr. Hartmut Beucker: Danke schön. – Die Antwortrunde ist somit beendet. Ich schaue jetzt in die Runde, zur CDU, zur SPD, zu Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es noch eine Anschlussfrage? Die FDP hatte keinen Bedarf mehr. Dann erkläre ich mal unsere Neugier für diese Anhörung für befriedigt.

Die Anhörung ist damit beendet. Meine Damen und Herren Sachverständigen, ganz herzlichen Dank dafür, dass Sie hier gewesen sind, dass Sie bereitwillig Ihren Sachverstand uns zur Verfügung gestellt haben. Dass das nicht nur eine leere Floskel ist, haben Sie daran gesehen, wie bereitwillig Ihre Anwesenheit fragemäßig ausgebeutet worden ist. Ganz herzlichen Dank! Vielleicht können Sie uns – vielleicht dann in anderer Zusammensetzung – noch einmal zur Verfügung stehen. Das würde uns sehr freuen. Vielen Dank.

Der Dank gilt auch den interessierten Gästen, die sich hier und eventuell im Internet daran erfreut haben, welche Erkenntnisse wir heute gewonnen haben.

Damit ist der Tagesordnungspunkt 1 dieser Vormittagssitzung beendet.

(Es folgt ein nichtöffentlicher Teil; siehe nöEKPr 18/18.)

gez. Dr. Hartmut Beucker
Vorsitzender

Anlage

18.06.2024/18.06.2024

Anhörung von Sachverständigen
 Enquetekommission II
**„Krisen- und Notfallmanagement im Kontext von Klimawandel
 (Gesundheitssystem)“**

am 3. Juni 2024

10.00 Uhr bis (max.) 12.30 Uhr, Raum E3 A02, Livestream

Tableau

Stand 29.05.2024

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Universität Bonn Center for Life Ethics Professorin Dr. Christiane Woopen Bonn	Professorin Dr. Christiane Woopen	---
Universität Augsburg Lehrstuhl Urbane Klimaresilienz Professor Dr. Markus Keck Augsburg	Professor Dr. Markus Keck per Video	18/1486
Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein Markus Griffig Düsseldorf	<i>Keine Teilnahme</i>	18/1489
Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH Professor Dr. Manfred Fishedick Wuppertal	Professor Dr. Manfred Fishedick	18/1480
Centre for Planetary Health Policy Dorothea Baltruks c/o KLUG – Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit e.V. Berlin	Dorothea Baltruks	18/1488
Städtetag Nordrhein-Westfalen Dr. Christine Wilcken Köln	Dr. Christine Wilcken per Video	18/1495
Universität Augsburg Medizinische Fakultät Professorin Dr. Claudia Traidl-Hoffmann Augsburg	Professorin Dr. Claudia Traidl-Hoffmann per Video	18/1500